

Die geschichtliche Entwicklung  
des  
Realschulwesens in Deutschland.

Abchnitt VII.

Verhandlungen und Beschlüsse der Dezember=  
Konferenz 1890.

(Fortsetzung des Programms 1911.)

Von Direktor Rat Dr. O. Wetzstein.

---

Beilage zum Programm der Großherzoglichen Realschule in Neustrelitz.

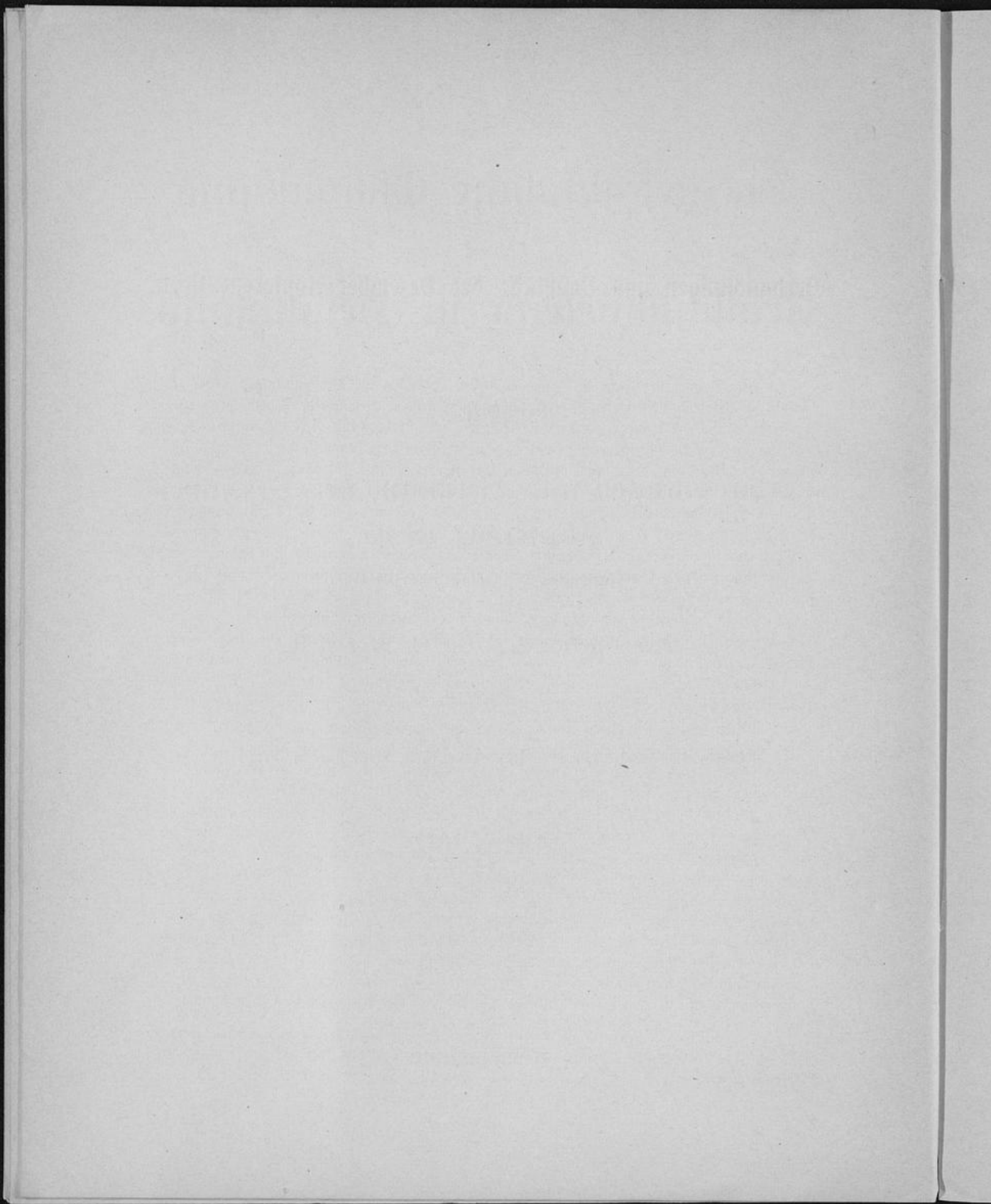
Ostern 1912.



Progr.-Nr. 965.

Neustrelitz 1912.

Hofbuchdruckerei Hermann Bohl, Neustrelitz.



## Verhandlungen und Beschlüsse der Dezember-Konferenz 1890.

Am Donnerstag, dem 4. Dezember 1890, begannen die Verhandlungen über die in Aussicht genommene Reform des höheren Schulwesens in dem Gebäude des Kultusministeriums zu Berlin (Unter den Linden 4), und sie währten ununterbrochen 14 Tage lang bis zum 17. Dezember. Der Minister von Gossler, dem 15 Ministerialkommissare zur Seite standen, darunter der Nachfolger des hingeschiedenen Geheimrats Bonitz, der Geh. Oberregierungsrat Dr. Stauder, eröffnete die erste Sitzung persönlich unter dem Eindruck, daß „auf die Beratungen dieser durchaus preussischen Versammlung das gesamte Deutschland mit Aufmerksamkeit seine Blicke richte,“<sup>1)</sup> und mit hochgespannten Erwartungen hatten alle Reformfreunde die Einberufung dieser Konferenz begrüßt. Sollten doch der ministeriellen Ankündigung gemäß alle „typischen Vertreter der entgegengesetzten Richtungen zu friedlichem Meinungs-austausch zusammenkommen“, und mit Vertrauen blickte man zu dem jugendlichen Kaiser empor, der, angeregt durch persönliche Erfahrungen, einer durchgreifenden Änderung der bestehenden Schulverhältnisse durchaus nicht abgeneigt zu sein schien. Die öffentliche Meinung erwartete von der Konferenz, wie der Abgeordnete Seyffardt schreibt, „eine sachlich unanfechtbare, unparteiische Erörterung eines so unendlich wichtigen Gegenstandes;“ aber als das Verzeichnis der erwählten Mitglieder bekannt wurde, trat bei vielen schon eine wesentliche Ernüchterung ein.

Unter den 44 Männern, welche als Berater auserwählt waren, befand sich zunächst der Geh. Oberregierungsrat Dr. Hinzpeter aus Bielefeld, welcher als früherer Lehrer und Erzieher des Kaisers in dem Ruf stand, in Schulsachen noch immer großen Einfluß an Allerhöchster Stelle zu üben, und ebenso der Privatgelehrte Dr. Güßfeldt aus Berlin, welcher als bevorzugter Reisebegleiter dem Kaiser nahe stand und in die Anschauungen des Monarchen vor anderen eingeweiht sein sollte. Überhaupt bestand die Konferenz keineswegs etwa aus lauter Männern der Schulpraxis, sondern die verschiedensten Stände sollten neben ihnen gehört werden, darunter auch Vertreter des Erwerbslebens und der Großindustrie, wie der Bergwerksbesitzer Graf Douglas-Berlin, der Fabrikbesitzer Dr. Froewein aus Elberfeld und der Direktor der Berliner Maschinenbau-Aktiengesellschaft Kommerzienrat Kase Lowösky. In hohem Maße wurde überdies die Bedeutung der Kirche für das Schulwesen gewürdigt, und fünf hervorragende Geistliche aus beiden Konfessionen — „eine neue Erscheinung auf einer preussischen Schulkonferenz!“, wie Dr. Paulsen (II, 591) bemerkt, — wurden zu den Verhandlungen hinzugezogen: der rührige Pastor D. von Bodelschwingh aus Bielefeld,

<sup>1)</sup> Vgl. die Eröffnungsrede des Ministers in den „Verhandlungen über Fragen des höheren Unterrichts“ (4.—17. Dezember 1890), welche im Auftrage desselben in Berlin 1891 (W. Herz) veröffentlicht wurden (S. 69).

der Hofprediger und Militär-Oberpfarrer Frommel in Berlin, der Fürstbischof Dr. Kopp aus Breslau, der Domherr Prof. Dr. Mosler aus Trier und der Abt zu Loccum, Oberkonsistorialrat D. Uhlhorn aus Hannover. Aus der Zahl der Volksvertreter waren außer Graf Douglas noch eingeladen die Abgeordneten Frhr. von Heeremann und von Schenkendorff, sowie zugleich als Vertreter der Presse Dr. Kropatscheck, der Redakteur der „Kreuzzeitung“. Hinreichend berücksichtigt war ferner die akademische Lehrtätigkeit. Von Universitätsprofessoren waren anwesend Dr. Paulsen, der gründliche Kenner der „Geschichte des gelehrten Unterrichts“, sowie der Geschichtsprofessor Geh. Regierungsrat Dr. Schottmüller-Berlin und der bekannte Verfasser einer vielverbreiteten „Erziehungs- und Unterrichtslehre“, der Universitäts-Kurator D. Dr. Schrader in Halle, ferner der Romanist Dr. Tobler, zur Zeit Rektor der Berliner Universität, und der berühmte Forscher über die Philosophie der Griechen, Geheimrat Dr. Ed. Zeller in Berlin. Auch das technische Hochschulwesen war vertreten durch den Geh. Regierungsrat Prof. Ende, allerdings, wie er selbst bedauernd äußerte, als Architekt „der einzige, welcher die schwierige Aufgabe habe, Technik und Kunst daselbst zu Worte kommen zu lassen“, sowie die Naturwissenschaft durch den Prof. Dr. von Helmholtz, den Präsidenten der physikalisch-technischen Reichsanstalt, und die Medizin durch den Geh. Medizinalrat Dr. Virchow nebst dem Vorsitzenden des deutschen Ärzte-Vereins, Geh. Sanitätsrat Dr. Graf aus Elberfeld.<sup>1)</sup>

Neben berufsmäßigen Schulmännern setzte sich die Konferenz also zur guten Hälfte aus Teilnehmern zusammen, die anderen Wirkungskreisen angehörten, aber es war bekannt, daß viele derselben keine Freunde einer wesentlichen Änderung in dem bestehenden Schulwesen und den viel angefochtenen Berechtigungsverhältnissen waren. Unter den Philologen fehlte es vor allem nicht an Schul- und Regierungsräten, den berufenen Wächtern über die Durchführung der festgesetzten Schulordnung; von ihnen wurde vor allem der unermüdete Stadtschulrat Dr. Bertram zugezogen, der unter dem gewaltigen Aufschwung der Kaiserstadt auch dem Realschulwesen, sowie dem Gemeindegeschul-, Fortbildungs-, Fachschulwesen u. zu einer hohen Blüte verhalf, ferner der Provinzialschulrat Dr. Klitz-Berlin, Dr. Deiters aus Coblenz und Dr. Kruse aus Danzig. An sie schloß sich eine Anzahl von Gymnasialdirektoren, wie der überzeugungstreue, geistvolle Verfechter des humanistischen Gymnasiums Dr. Oskar Jäger in Köln, der vielseitig gebildete Vertreter Herbart'scher Unterrichtsmethode Dr. D. Fricke in Halle, der Rektor der Landesschule Pforta Dr. Volkmann, sowie Dr. Citner in Götting, Dr. Hartwig in Frankfurt a. M., Dr. Paehler in Wiesbaden, Dr. Schulze-Berlin, und zur Verstärkung dieser Gymnasialpartei kamen noch dazu drei Nichtpreußen, welche „nicht als Vertreter ihrer Staaten, sondern als Schulmänner, die auf gewissen Gebieten Hervorragendes geleistet hätten“, zur Teilnahme aufgefordert waren: der Kaiserl. Oberschulrat Dr. Albrecht aus Straßburg i. E., welcher einst das protestantische Gymnasium daselbst als Konrektor in deutsche Unterrichtsverhältnisse übergeleitet hatte und seit 1882 der obersten Schulbehörde für Elsaß-Lothringen angehörte, sodann der Großh. Hessische Direktor des Gymnasiums und Geh. Oberschulrat Dr. Herm. Schiller in Gießen, welcher eifrig um die Gründung pädagogischer Seminare für das höhere Lehramt sich verdient machte und der

<sup>1)</sup> Der berühmte Entdecker und Forscher auf dem Gebiet der Bacillarien, Geh. Medizinalrat Prof. Dr. Rob. Koch, war ebenfalls aufgefordert, an der Schulkonferenz sich zu beteiligen, aber seinem Wunsche entsprechend wurde er mit Rücksicht auf dringendere Arbeiten von dieser Aufgabe entbunden. Infolge seines Ausbleibens beschränkte sich die Zahl der Mitglieder auf 43.

Großh. Badische Gymnasialdirektor und Universitätsprofessor Dr. Uhlig in Heidelberg, ein entschiedener Verfechter des humanistischen Gymnasiums, welcher auf Reisen durch Skandinavien, Österreich-Ungarn, Italien, Griechenland - seine Kenntnis des in- und ausländischen Schulwesens zu erweitern suchte, aber der deutschen Jugendbildung nur um so treuer anhing und, unablässig schriftstellerisch wirksam, 1890 eine neue Zeitschrift: „Das humanistische Gymnasium“ begründete. Nicht mit Unrecht wurde dagegen unter anderen ein jüngerer Schulmann vermisst, der, ausgezeichnet durch Sachkenntnis und Besonnenheit, zwar auch als ein Vorkämpfer des Altgymnasiums sich erwies, aber den Glauben an die Möglichkeit einer Einheitschule früh aufgegeben hatte, der Oberlehrer Dr. Paul Cauer in Kiel, der längere Zeit allerdings noch ziemlich vereinzelt mit seiner Ansicht da stand, doch freimütig in Wort und Schrift die Überzeugung vertrat, daß der gymnastiale Betrieb der alten Sprache ungestört nur gewinnen könne, wenn das Gymnasialmonopol falle und allen drei Arten der höheren Lehranstalten völlige Gleichberechtigung zugestanden würde.<sup>1)</sup>

Aus einer derartigen Zusammensetzung der Konferenz zog man bereits Schlüsse auf den Weg, den der entschieden gymnastialfreundliche Kultusminister im Laufe der Verhandlungen einzuschlagen gedachte, und namentlich in den Reihen des Realschulmännervereins herrschte das niederdrückende Gefühl, daß dem obersten Leiter des Ganzen es nicht so sehr auf eine Umwandlung des höheren Schulwesens ankäme, als vielmehr auf den Wunsch, durch die Beschlüsse seiner Vertrauensmänner seine Abneigung gegen die Bestrebungen der Reformfreunde in der öffentlichen Meinung gerechtfertigt zu sehen. Standen doch der Übermacht der Gymnasialpartei als Verfechter des Realgymnasiums nur drei Direktoren derselben gegenüber: Dr. Matthias aus Düsseldorf, Dr. Schauenburg aus Krefeld und Dr. Schlee aus Altona; sonstige Führer des Realschulmännervereins, wie Dr. Steinbart aus Duisburg, der langjährige Vorkämpfer für die Erweiterung der Berechtigungen der Reallehranstalten, oder Dr. Bach, Dr. Schwalbe u. a. waren unberücksichtigt geblieben. Die Oberrealschule hatte gar nur einen Gewährsmann an dem Direktor Dr. Fiedler aus Breslau aufzuweisen. War unter diesen Verhältnissen Aussicht, daß „die Vertreter der verschiedenen Schularten und die Vorkämpfer für die verschiedenen Reformanträge gleichmäßig zu Worte kommen sollten“? Wohl war als Apostel einer radikalen Umgestaltung des Schulwesens außer Dr. Güßfeldt auch Dr. Göring anwesend, um zur „Vermirklichung vaterländischer Gesinnung“ das Phantasiegebilde einer „neuen deutschen Schule“ zu empfehlen; auch hatte der Verein zur Beförderung lateinloser Schulen einen außerordentlich schlagfertigen Vertreter an dem Direktor der Gewerbe- und Realschule Dr. Holzmüller in Hagen, welcher nicht nur für die Interessen des lateinlosen Schulwesens, sondern auch für alle verschiedenen Richtungen der Reformbestrebungen ein scharfes Auge besaß. Fast ganz ohne Beachtung geblieben war dagegen der Lange'sche Reformverein, welcher in einem einheitlichen Unterbau für alle höheren Schulen das Heil der Jugendbildung erblickte und für diese Idee mit großem Eifer aufgetreten war. Dr. Friedrich Lange selbst, der Urheber der Massenpetition von 1888, war nicht berufen; höchstens konnte man eine Fürsprache erwarten von dem ehemaligen Telegraphen-Direktionsrat

<sup>1)</sup> Namentlich durch seine fünf lesenswerten Aufsätze über Schulreform, betitelt „Summ enique“ (1889), hatte er sich in pädagogischen Kreisen bekannt gemacht, und er fuhr auch 1890 fort, durch Schriften, wie „Der Unterricht in Prima, ein Abschluß und ein Anfang“, sowie „Unsere Erziehung durch Griechen und Römer“ und „Staat und Erziehung, schulpolitische Bedenken“, seinen Standpunkt in der Reformfrage zu vertreten.

von Schenkendorff aus Görlitz, der als Mitglied des Abgeordnetenhauses jenem bei dem Aufruf zur Seite gestanden hatte, mit Vorliebe aber, selbst an seiner Gesundheit geschädigt, um Verbreitung von Jugendspielen und Handfertigkeit, überhaupt um die Förderung einer harmonischen, gesundheitsmäßigen Erziehung sich bemühte. Ungleich stärker war dagegen der deutsche Einheitschulverein vertreten, der, zu Hannover ins Leben gerufen, unter Beseitigung des Realgymnasiums die Einheit der höheren Volksbildung in einem reformierten Gymnasium zu erhalten suchte und durch Konzentrationbestrebungen dieses Ideal verwirklichen zu können glaubte. Der Schriftführer des Vereins, der Oberlehrer Hornemann, war selbst geladen, und als Gesinnungsgenossen gruppieren sich um ihn Männer, wie Dr. Fricke, Dr. Schiller, Dr. Uhlig, in deren Hände die Hauptberichte zu den ersten grundlegenden Fragen bereits gelegt waren. Was der Verlauf der Verhandlungen später bestätigte, glaubte gar mancher unter den Reformfreunden schon vor dem Zusammentritt der Konferenz vorausszusehen, und man ahnte, daß der Unterrichtsminister, allem Drängen nach grundstürzenden Umänderungen abhold, in der Versammlung sich nur ein willfähiges Organ für seine Zwecke habe schaffen wollen.<sup>1)</sup> Zuversichtlich gingen daher die konservativ gesinnten Gymnasialvertreter an die Diskussion vielseitig aufgedeckter Mängel, und die Mehrheit erachtete es für ihre Aufgabe, das Gymnasium sowohl in seiner inneren Einrichtung als in seiner bevorzugten äußeren Stellung gegen seine Gegner in Schutz zu nehmen und dementsprechend auch das Berechtigungs-Monopol desselben aufrecht zu erhalten.

Doch gleich in der ersten Sitzung erhielt die Siegesgewißheit einen Dämpfer, als zur Eröffnung unerwartet der Kaiser persönlich erschien, um in einer längeren nachdrucksvollen Ansprache seine eigenen Gesichtspunkte zu entwickeln und die Mitglieder „wissen zu lassen, wie Er über die Sache denke.“ Dem Kultusminister sprach er zunächst zwar warm seine Anerkennung aus; „von ihm kann ich ganz bestimmt und ohne Ueberhebung sagen,“ so lauteten seine Worte, „daß der deutsche Staat und das Königreich Preußen keinen so tapferen, hingebenden und hervorragenden Kultusminister gehabt haben, wie ihn. Ich hoffe,

<sup>1)</sup> Als später die Mitgliederliste des Gymnasialvereins, welcher durch Dr. Uhlig in Berlin gegründet wurde, um der Heidelberger Erklärung entsprechend der humanistischen Schulbildung das Monopol zu wahren, zur Kenntnis gelangte, ergab sich, daß demselben nicht weniger als 23 Mitglieder der Konferenz angehörten. Auf der gegnerischen Seite hatte in der Erkenntnis und unter Berufung auf die Tatsache, daß die wirtschaftlichen Interessen in der Konferenz zu schwach vertreten seien, kurz vor dem Zusammentritt derselben der Abgeordnete L. Seyffardt einen Artikel in der Nationalzeitung v. 29. Nov. 1890 veröffentlicht, betitelt: „Die Bedürfnisse der wirtschaftlichen Berufe in bezug auf die höheren Schulen“, und diesen an den Kaiser durch den Chef des Civilcabinetts v. Lucanus überreichen lassen (Vgl. seine „Erinnerungen“, S. 509). Über die Zusammenkunft und den Verlauf der Konferenz berichtete er später (vgl. ebenda, S. 507), noch vor Eröffnung derselben habe Prof. Paulsen die Hoffnung gehegt, daß eine gerechte Wertschätzung des Realgymnasiums „nicht mehr fern zu sein scheine“; als dann aber „tröpfelnd, einer nach dem anderen, die Namen der Ausgewählten bekannt geworden seien, wäre unschwer zu erkennen gewesen, daß es anders kommen sollte.“ Die Konferenz sei von vornherein so zusammengesetzt worden, daß eine sichere Mehrheit für die Aufrechterhaltung des Gymnasial-Monopols vorhanden war. „Wer das fertig gebracht hat,“ fügt er hinzu, „und wie er es gemacht hat, weiß ich nicht zu sagen.“ Ein Mitglied der Mehrheit aber, Dr. Graf, habe unaufgefordert ihm zugestanden, daß eine solche Absicht obgewalket haben müsse, und von einem anderen Mitglied, Dr. Schanenburg, habe er gehört, daß „die Intrigue eine doppelte gewesen sei, erstens den Kaiser glauben zu machen, die für bestimmt zurechtgeschnittene Beschlüsse auferlesene Versammlung sei eine wahre Vertretung der gegnerischen Meinungen, und zweitens der Versammlung erst weiß zu machen, sie stimme nur ab, um den Minister zu orientieren und dann dem Kaiser die Beschlüsse als Vota hinzugeben und sie als solche gutheißen zu lassen.“ Diese Beurteilung oder vielmehr Verurteilung der Konferenz-Verhandlungen hat offiziell keine Widerlegung erfahren.

daß es gelingen wird, das Werk mit Ihrer Hilfe nicht nur zu fördern, sondern auch zum Abschluß zu bringen“ Aber gestützt auf die Erfahrungen, welche er selbst als Besucher eines Gymnasiums gemacht hatte, konnte er nicht umhin, seine Bedenken gegen den bestehenden Zustand des höheren Schulwesens zum Ausdruck zu bringen und über das Gymnasium und seine Leistungen ein herbes Verwerfungsurteil zu fällen. „Ich kann zu Ihnen als Eingeweihter sprechen,“ betonte er, „denn Ich habe auch auf dem Gymnasium gefessen und weiß, wie es da zugeht.“ Vor allem vermischte er in der Jugendbildung den nationalen Charakter; die Schule habe die erforderliche Fühlung mit dem Leben verloren, denn sonst hätte sie „von vornherein von selber den Kampf gegen die Sozialdemokratie übernehmen müssen,“ und der „Hauptgrund“ für diesen Mangel sei, daß „seit dem Jahre 1870 die Philologen als beati possidentes im Gymnasium gefessen und hauptsächlich auf den Lernstoff, auf das Lernen und Wissen den Nachdruck gelegt hätten, aber nicht auf die Bildung des Charakters und die Bedürfnisse des Lebens.“ „Der junge Mensch müsse doch einigermaßen praktisch für das Leben und seine Fragen vorgebildet werden,“ aber es werde, auch beim Examen, „weniger Nachdruck auf das Können, als auf das Kennen gelegt“; die theoretische „Gymnastik des Geistes allein“ tue es nicht; die Sache sei „Seiner Ansicht nach bis zu einer Höhe gekommen, daß es schließlich nicht mehr weiter gehe“; nach dem Gesichtspunkt, es sei nur Gymnastik des Geistes auf der Schule zu treiben, könne nicht mehr verfahren werden.“ Er sei, wenn man ihn auch „zu Gunsten anderer Schulformen ausgespielt“ habe, keineswegs „ein fanatischer Gegner des Gymnasiums,“ aber: „Wer selber auf dem Gymnasium gewesen ist und hinter die Coullissen gesehen hat, der weiß, wo es da fehlt. Und da fehlt es vor allem an der nationalen Basis.“<sup>1)</sup>

Der Kaiser entwickelte dann Reformprinzipien, die sich im wesentlichen mit den Forderungen des hannoverschen Einheitschulvereins deckten. Vor allem müssen wir, forderte er, „als Grundlage für das Gymnasium das Deutsche nehmen; wir sollen nationale junge Deutsche erziehen und nicht junge Griechen und Römer. Wir müssen von der Basis abgehen, die Jahrhunderte lang bestanden hat, von der alten klösterlichen Erziehung des Mittelalters, wo das Lateinische maßgebend war und ein bißchen Griechisch dazu.“ „Der deutsche Auffass

Auch außerhalb Preußens sprach sich unter anderen der sächsische Realgymnasialdirektor Prof. Dr. Nühlmann aus Döbeln 1891 in einer Festrede zu Dresden, bei welcher der König Albert zugegen war, abfällig über die tendenziös zusammengesetzte Enquête-Versammlung aus. „Es ist allgemein bekannt,“ erklärte er, „daß die im Dezember 1890 in Berlin einberufene Konferenz absichtlich und mit großem Geschick von den leitenden Männern so zusammengesetzt war, daß sie entgegen der allgemeinen Erwartung und im Widerspruch mit den Wünschen weiter Kreise unseres Vaterlandes sich gegen das Realgymnasium entschied.“ Im Programm des Realgymnasiums zu Döbeln hat er später seine Ansicht aufs neue zum Ausdruck gebracht. Als Anschauung eines Mannes, der ein einflußreicher sächsischer Landtagsabgeordneter wurde († 1899), sind diese Urteile jedenfalls erwähnenswert. (Vgl. auch den Artikel Dr. Steinbarts „Realgymnasium“ in Rein's Encyclopädie VII, S. 222.)

<sup>1)</sup> Vgl. die Eröffnungsrede des Kaisers, angeführt in den „Verhandlungen über Fragen des höheren Unterrichts“ (Berlin 1891, W. Herz), S. 70–76. Paulsen bemerkt in seiner Geschichte des gelehrten Unterrichts (II, 592): „Das Gymnasium war stolz darauf, den Erben einer Kaiserkrone unter seinen Schülern zu haben; die Sache hat aber auch ihre Rehrseite: aus den Schülern werden nicht selten harte Richter.“ Zu einer Milderung der Anklagen, welche gegen das Gymnasialwesen gerichtet waren, fühlte sich dagegen Dr. Stinzpeter in den Verhandlungen berufen (cf. S. 251), indem er dem Gymnasium zu Kassel das Zeugnis ausstellte, es habe an dem Thronfolger „diesem doch sehr eigenartigen und sehr eigentümlich gestellten Schüler, seine Schulldigkeit redlich getan und die großen Hoffnungen, die auf dasselbe gesetzt worden seien, in hohem Maße erfüllt.“

muß der Mittelpunkt sein, um den sich alles dreht. Wenn einer im Abiturienten-Examen einen tadellosen deutschen Aufsatz liefert, so kann man daraus das Maß der Geistesbildung des jungen Mannes erkennen und beurteilen, ob er etwas taugt oder nicht." Dagegen „weg mit dem lateinischen Aufsatz!“, der meist mit falschen Hülfsmitteln zustande komme; „er störe uns und wir verlore unsere Zeit für das Deutsche darüber.“ Ferner wünschte der Kaiser das Nationale weiter gefördert zu sehen in Fragen der Geschichte, der Geographie und der Sage. „Vor allen Dingen müssen wir in der vaterländischen Geschichte Bescheid wissen. Der Große Kurfürst war zu Meiner Schulzeit nur eine nebelhafte Erscheinung; der 7jährige Krieg lag bereits außerhalb aller Betrachtung, und die Geschichte schloß mit dem Ende des vorigen Jahrhunderts, mit der französischen Revolution. Die Freiheitskriege, die das Wichtigste sind für den jungen Staatsbürger, wurden nicht durchgenommen.“ „Warum aber werden denn unsere jungen Leute verführt? Warum tauchen so viele unklare, confuse Weltverbesserer auf? Warum wird immer an unserer Regierung herumgenörgelt und auf das Ausland verwiesen? Weil die jungen Leute nicht wissen, wie unsere Zustände sich entwickelt haben, und daß die Wurzeln in dem Zeitalter der französischen Revolution liegen“. Ein besseres Verständnis für die heutigen Fragen sei nötig; dann würden die jungen Deutschen imstande sein, auf der Universität durch die ergänzenden Vorlesungen ihr Wissen weiter zu verbessern und zu vergrößern. Mit den Mängeln der bestehenden Gymnasien brachte der Kaiser dann noch in Verbindung die Ueberbürdung mit häuslichen Arbeiten, das Uebermaß der geistigen Arbeit, welche die Verbreitung der Schulkrankheiten, namentlich die wahrhaft erschreckende Zunahme der Kurzsichtigkeit unter den Schülern zur Folge habe. „Bedenken Sie, was uns für ein Nachwuchs für die Landesverteidigung erwächst. Ich suche nach Soldaten; wir wollen eine kräftige Generation haben, die auch als geistige Führer und Beamte dem Vaterlande dienen. Die Masse der Kurzsichtigen ist meist nicht zu brauchen; die Männer sollen nicht durch Brillen die Welt ansehen, sondern mit eigenen Augen und Gefallen finden an dem, was sie vor sich haben, an ihrem Vaterlande und seinen Einrichtungen.“ „Die jungen Leute müssen für das jetzige praktische Leben vorgebildet werden.“ Daher einfachere Gestaltung der Examina! Wegfall des Technisch-grammatikalischen! Mehr Erziehung und Charakterbildung! Auch die Überproduktion der Gebildeten, nach Bismarck'schem Ausdruck das „Abiturientenproletariat“, hätten die Gymnasien durch „übermenschliche Leistung“ zu Wege gebracht. „Die sämtlichen sogenannten Hungerkandidaten, namentlich die Herren Journalisten“ — ein Wort, welches in den angegriffenen Kreisen viel Anstoß erregte — „das sind vielfach verkommene Gymnasiasten, das ist eine Gefahr für uns. — Ich werde daher kein Gymnasium mehr genehmigen, das nicht absolut seine Existenzberechtigung und Notwendigkeit nachweisen kann; wir haben schon genug.“

Nach allen diesen herben Beschuldigungen gegen das klassische Gymnasium, welches undeutsch die geistige, wie körperliche Gesundheit der Jugend gefährde und die Schüler dem Vaterland und der Gegenwart entfremde, hätte man nun den Schluß ziehen können, daß der Kaiser fordern würde, das alte humanistische Gymnasium abzuschaffen oder doch so radikal umzumodeln, daß das moderne Gymnasium an seine Stelle zu treten habe. War doch mit seiner Genehmigung der Lehrplan des Kadettenkorps erst vor kurzem in der Hauptsache dem Lehrplan des Realgymnasiums gleich gestaltet geblieben. Indessen als er auf die Frage kam, wie „den Wünschen in bezug auf klassische Bildung und in bezug auf Realbildung und in bezug auf die Berechtigung zum Einjährigfreiwilligen-Dienst am besten beizukommen sei“,



da glaubte er, „die Sache ganz einfach dadurch erledigen zu können, daß „man mit einem radikalen Schritt die bisherigen Anschauungen zur Klärung bringe.“ „Klassische Gymnasien“, erklärte er, „mit klassischer Bildung; daneben eine zweite Gattung Schulen mit Realbildung, aber keine Realgymnasien! Die Realgymnasien sind eine Halbheit; man erreicht mit ihnen nur Halbheit der Bildung, und das Ganze gibt Halbheit für das Leben nachher.“ Eine überraschende Schlussfolgerung! Ob der Kaiser von jeher ein Gegner der neuen Lehranstalt war? Oder ob er erst neuerdings durch Einwirkungen zu dieser ungünstigen Ansicht gebracht worden war? Jedenfalls schienen damit die Bestrebungen des Realschulmännervereins abgewiesen; auch der Kaiser dachte an eine modernisierte deutsche Einheitschule, welche die Gegensätze im Gymnasialwesen in sich vereinigen sollte, aber die Misch- und Mittelform des Realgymnasiums erfreute sich unter den bestehenden Schularten seiner Anerkennung nicht. Damit war die Direktive für die folgenden Verhandlungen gegeben. Auch die Frage, wie man in der höheren Schule den Ballast von Schülern loswerden könne, die nie bis zum Reife-Examen kämen und bloß die Berechtigung für den einjährigen Dienst erlangen wollten, glaubte er leichter Hand lösen zu können. „Der Sache ist einfach dadurch abzuhelpen, daß wir ein Examen einschieben da, wo der Einjährige abgehen will, und außerdem seine Berechtigung davon abhängig machen, daß er, wenn er die Realschule besucht, das Abgangszeugnis für die Realschule nachweist. Dann werden wir es bald erleben, daß der ganze Zug dieser Kandidaten für den einjährigen Heeresdienst von den Gymnasien auf die Realschulen geht; denn, wenn sie die Realschule durchgemacht haben, dann haben sie, was sie suchen.“ —

Vom Minister wurden der Konferenz 14 Fragen vorgelegt; 7 weitere fügte noch der Kaiser persönlich hinzu. Die Referenten und Korreferenten für die einzelnen Fragen waren von vornherein ernannt, doch wurde die Redelust eingeschränkt auf eine halbe Stunde für die Vorträge der Berichtstatter und auf die Hälfte dieser Zeit für die übrigen Redner.

Die Entscheidung lag eigentlich bereits in der Formulierung der Thesen und war vorauszusehen, ehe die Beratung erfolgt war. Den Vorsitz führte der Kultusminister oder ein von ihm berufener Stellvertreter; Anträge aus der Mitte der Versammlung waren ihm schriftlich zu überreichen, und es lag in seiner Hand, ob und wann sie zur Erörterung gelangen sollten. Die Abstimmung erfolgte durch Stimmenmehrheit und war in der Regel eine namentliche. Nach diesen Normen wurde die Erörterung der Hauptfragen begonnen.

### 1) Verhandlungen über einen gemeinsamen Unterbau.

Die erste Hauptfrage lautete: „Sind die heute bestehenden Arten der höheren Schulen in ihrer gegenwärtigen Sonderung beizubehalten, oder empfiehlt sich eine Verschmelzung von a) Gymnasium und Realgymnasium, b) Realgymnasium und Oberrealschule? Da eine Beschlußfassung und Feststellung der künftigen Schularten und Schulformen einer Erörterung der nächsten 3 Unterfragen vorgegriffen und sie teilweise ganz hinfällig gemacht haben würde, beschloß man unter Zurückstellung derselben zunächst die Verhandlung über die 2. Frage zu eröffnen, ob, was vor allem Lange's Reformverein erstrebte, für die bestehenden 3 Schularten (gymnasiale, realgymnasiale, lateinlose) oder wenigstens für 2 derselben ein gemeinsamer Unterbau sich herstellen ließe, und ob für den letzteren Fall eine Verbindung des Realgymnasiums entweder mit dem Gymnasium oder mit der höheren Bürgerschule durchzuführen sei. Der Berichtstatter Gymnasialdirektor Dr. Uhlig aus Heidelberg sprach sich unter

Hinweis auf ausländisches Schulwesen, besonders auf die skandinavische Einheitschule dahin aus, daß „eine Schulgestaltung mit gemeinsamem Unterbau für alle 3 Schularten nicht zu empfehlen sei,“ denn die mannigfachen Vorteile, welche man sich von einer solchen Organisation verspräche, seien größtenteils illusorische, und der Gewinn, welcher von ihr erhofft werden könne, wöge den Schaden nicht auf, den sie sicher bringen werde. Möge auch eine Kombination, wie sie in der Frage bezeichnet werde, einige eigentümliche Vorteile bieten und nach örtlichen Verhältnissen, sei's in der einen, sei's in der anderen Form zuzulassen sein, so erscheine doch die durchgehende Einführung einer solchen Schulgestaltung nicht als erstrebenswert.<sup>1)</sup> Der Mitberichtersteller, Geh. Oberschulrat Dr. Schiller aus Gießen, war zwar der Ansicht, daß Einheitlichkeit des Lehrplans in den untersten Klassen wohl möglich sei, daß aber ein 6klassiger reiner, d. h. allen fakultativen Unterrichts entbehrender Unterbau, die sogen. Einheitschule, sowohl das Gymnasium, als auch das Realgymnasium schädigen würde, da allein in der Oberrealschule die volle Wirkung desselben eintreten würde, und er ging schon von der Voraussetzung aus, daß eine definitive Ordnung des höheren Schulwesens nur zwei Schularten zu belassen habe, ein reformiertes Gymnasium und die lateinlose Real- bezw. Oberrealschule. Der dritte Berichtersteller, Dr. Schlee aus Altona, welcher als Direktor einer neugegründeten Realschule daselbst diese mit einem Realgymnasium kombiniert hatte (1878) und so der Begründer der sogen. „Reformschule Altonaer Systems“ geworden war, hielt dagegen „eine einheitlichere Gestaltung der unteren und mittleren Stufe, welche es möglich mache, die Scheidung und die Wahl der Schularten möglichst weit hinauszuschieben, für dringend wünschenswert, und da der Unterricht in der lateinischen Grammatik namentlich

<sup>1)</sup> Im Eingang seiner Rede weist Dr. Uhlig zunächst darauf hin, wie sehr die Ansichten über das Hinausschieben des Lateinischen aus den unteren Klassen noch immer divergierten. Der Gymnasialdirektor Lattmann habe neuerdings vorgeschlagen, den Anfang nach V zu verlegen; der Abgeordnete Sombart in einer Schulverhandlung der Kammer habe es nach IV verwiesen; der Berliner Verein für Schulreform wolle es erst in IIIb begonnen sehen; der Abgeordnete Hofmann-Kastel in IIIa; die Majorität der 2. schwedischen Kammer in IIb; Dr. Göring in IIa; der Professor der Mathematik an der Kopenhagener Hochschule Stromann in Ib; der Vorschlag für Ia stehe allein noch aus. Am meisten Beifall habe das Projekt gefunden, das man häufig schlechtweg den Einheitschulplan nenne, das Latein in IIIb, das Griechische in IIb beginnen zu lassen, denn da ein Teil der Schüler überhaupt keine alten Sprachen lernen solle, ein anderer nur Latein, ein dritter Latein und Griechisch, so könne eine Bifurkation von IIIb und später eine Trifurkation von IIb an eintreten. Als Mißstände, deren Beseitigung man von einer solchen Einheitschulorganisation erwarte, zählt er auf: 1) die Überfüllung der gelehrten Berufsarten; 2) die Überbürdung der Schüler; 3) die Notwendigkeit für die Eltern, zu frühzeitig sich über den Beruf ihrer Söhne zu entscheiden; 4) die verkehrte Schulbildung der meisten Schüler zugunsten der Philologen und Theologen, etwa auch der Juristen; 5) die übermäßige Schwierigkeit des lateinischen Unterrichts für 9jährige Knaben; 6) den Mangel an Duldung und gegenseitigem Verständnis zwischen den verschiedenen Klassen der Gebildeten, und endlich 7) die pekuniären Opfer für Private und Kommunen. Zum Beweis aber, daß die Vorteile, welche man von der Organisation eines einheitlichen Unterbaues erwarte, „zum größten Teil eingebildete seien“, oder, wie er sich später verbesserte, „sich nicht ergeben würden,“ wies er auf Dänemark hin, wo bereits seit 1850 der Beginn des Lateins in die IIIb hinaufgeschoben und diese Einrichtung nach 1871 durch eine Bifurkation modifiziert sei, sowie auf Schweden, wo die Einheitschulorganisation seit 1873 ausgebaut, oder auf Norwegen, wo sie schon seit 1869 verwirklicht sei, auch auf Frankreich, wo man seit Jahren das Latein ebenfalls etwas hinaufgeschoben habe. Reichlich aufgehoben würden etwaige Vorteile durch unvermeidliche Nachteile, die eintreten müßten, insbesondere das Zurückgehen des klassischen Unterrichts bis zur vollkommenen Verkümmern und daneben nicht weniger eine Benachteiligung der realen Lehrgegenstände, infolge dessen auch Unzufriedenheit in weiteren Kreisen. (Vgl. die Verhandlungen auf der Dezember-Konferenz (Berlin 1891, W. Herz) S. 77—91 u. 94 f.; sowie die Thesen S. 25 f. und das Schlußwort Uhlig's S. 159 f.)

in den unteren Klassen zur sogen. formalen Bildung weder notwendig, noch auch mehr als anderer Sprachunterricht dazu geeignet sei, ja größeren didaktischen Schwierigkeiten begegne, als ein neu Sprachlicher, so befürwortete er die Herstellung eines gemeinsamen Unterbaus für mehrere höhere Schulen auf Grund einer neueren Sprache, zu welchem Zweck die französische am geeignetsten sei.“<sup>1)</sup>

An das dreifache Referat schloß sich dann noch eine lange Debatte, in der nicht weniger als 19 Redner das Wort ergriffen, um ihre Stellungnahme für oder gegen einen gemeinsamen Unterbau zu begründen; an ihr beteiligten sich außer nichtschulmännischen Mitgliedern vor allem auch die Vertreter der verschiedenen Ministerien. Zur großen Genugtuung aller Schulmänner wurde zunächst durch den vortragenden Rat Dr. Stauder eine Erklärung des Kultusministers abgegeben, daß er geneigt sei, „eine gewisse Freiheit in der Gestaltung der Lehrpläne nach individuellen Bedürfnissen oder lokalen Verhältnissen so weit als möglich zuzulassen,“ und zur Richtlinie für die Grundverfassung der höheren Schulen wurde dann der „Grundgedanke der berühmten Landeskonzferenz von 1849“ von der Unterrichtsverwaltung wieder aufgenommen: für Gymnasium und Realgymnasium eine gemeinsame 6klassige Unterstufe mit Verzweigung zwischen Griechisch und Englisch von III b an und eine 3klassige Oberstufe von II a an mit Gabelung in Gymnasium und Oberrealschule; auf welche Art eine Angliederung der lateinlosen Realschule an dieses Schulsystem sich ermöglichen lasse, blieb dagegen noch als offene Frage vorbehalten.<sup>2)</sup> Der Wortführer des landwirtschaftlichen Ministeriums, welches „das Gewerbe, also fast die Hälfte der Bevölkerung,“ zu vertreten habe, wünschte vom Standpunkt seines Ressorts ebenfalls, es möge ein gemeinsamer Unterbau am Gymnasium so eingerichtet werden, daß auch für andere Berufsarten als die akademischen eine zweckmäßige Vorbereitung geboten werden könne, und noch entschiedener sprach der Vertreter des Kriegsministeriums die Hoffnung aus, daß im Interesse der Offiziere und Beamten für alle höheren Schulanstalten eine gemeinsame lateinlose Unterstufe hergestellt werde, für die Gymnasien mit humanistischer Bildung und für die Realschulen mit realistischer Bildung.<sup>3)</sup> Die verschiedenen Ämter der Staatsverwaltung stimmten überhaupt in der Überzeugung überein, daß der Lehrgang der unteren Stufen an höheren Schulen möglichst dem gemein-

<sup>1)</sup> Vgl. die Rede Schiller's in den Verhandlungen S. 95—101 und diejenige Schlee's S. 101—108, sowie die Thesen beider S. 26 ff. und S. 28 ff. und das Schlußwort derselben S. 157 und S. 158.

<sup>2)</sup> In seiner Rede (vgl. Verh. S. 108 f.) wies Dr. Stauder darauf hin, daß eine solche Einrichtung nicht bloß teilweise in Österreich und einigen Kantonen der Schweiz sich fände, sondern mit Bewilligung des Reichskanzlers bereits an 16 preussischen Gymnasien eingeführt sei. Der zurzeit schon bestehende gemeinsame Unterbau von VI bis IV habe sich im ganzen recht wohl bewährt und komme im Lande einem gewissen Bedürfnis entgegen. Nach ihm suchte dann Geh. Oberregierungsrat Dr. Behrenpfennig nachzuweisen, wie ausgerüstet die verschiedenen Kategorien von Schülern in das öffentliche Leben eintreten. (Vgl. Verh. S. 110 f.)

<sup>3)</sup> Vgl. die Rede des Ministerial-Kommissars Geh. Oberregierungsrats Dr. Thiel in den Verhandlungen S. 111—116 und des Professors an der Hauptkadetten-Anstalt zu Groß-Lichterfelde Dr. Mehrmann ebendasselbst S. 145—149. Entschieden tritt letzterer der Ansicht entgegen, daß jeder, welcher wünsche, es möge ein gleichartiger Unterbau für alle höheren Schulanstalten eingerichtet werden, deshalb zugleich ein Gegner des humanistischen Gymnasiums und der humanistischen Bildung überhaupt sei. Um die Stellung der kgl. Heeresverwaltung darzutun, stellt er als erste und vornehmste Aufgabe der Schule hin, ein frisches, gesundes, tatentüchtiges und tatentkräftiges Volk zu erziehen, und daher müsse das Lateinische hinausgerückt werden, damit die Zahl der Lehrplanmäßigen Stunden herabgesetzt und für die Selbstübungen mehr Zeit gewonnen werden könne. Das Maximum, welches die kgl. Heeresverwaltung an wöchentlichen Lehrstunden für die Knaben für zulässig halte, seien 24 Stunden für VI, 26 für V u. IV, 28 bis II b und 30 für die oberen Klassen.

samen Bildungsbedürfnis aller jüngeren Schüler anzupassen sei, um für die Mehrzahl einen verhältnismäßig abgerundeten Bildungsabschluß zu gewinnen und für die Weiterstrebenden die Wahl des vom künftigen Beruf abhängigen Bildungsweges möglichst weit hinaufzuschieben. Aber so sehr auch Dr. Virchow vom Standpunkt der Medizin und Naturwissenschaft eine „Reform an Haupt und Gliedern“ wünschte und sich gegen den übermäßigen fruchtlosen Betrieb der altsprachlichen Studien erklärte: bei weitem die Mehrzahl war gegen eine Verquickung so verschiedener Schularten, wie es Gymnasium und Realschule sei, und nicht bloß trat Dr. Graf gegen Virchow auf, weil er „zu schwarz gemalt habe,“ sondern auch Professor Ende, der das hohe Interesse des Ingenieurs und der Architekten an den Realwissenschaften, an modernen Sprachen, am Zeichnen hervorhob, wollte keine „Kompromißanstalten, sondern reine Realschulen und reine Gymnasien,“ und selbst ein Vertreter des Erwerbslebens, wie der Fabrikbesitzer Fromein warnte davor, durch Vermischung verschiedener Bildungsprinzipien eine Verschlechterung des Gymnasiums herbeizuführen. Auch der Realgymnasialdirektor Dr. Matthias empfahl, beide Schularten, Gymnasien und reale Anstalten, recht rein zu erhalten, und Dr. Holzmüller wollte, wie Dr. Kropatschek, eine Kombination lateinloser mit lateinischen Schulen höchstens als Notbehelf in kleinen Städten gelten lassen. Vor allem aber traten Theologen, wie der Abt D. Uhlhorn und der Fürstbischof Kopp für die humanistische Bildung ein. Mochte ersterer auch eine „Hauptschädigung“ darin erkennen, daß die Bildung der Jugend eine einseitig philologisch-grammatische geworden sei, während sie eine historische sein sollte, so hielt er es doch für unumstößliche Notwendigkeit, festzuhalten an der klassischen Bildung, verbunden mit dem Christentum und dem deutschen Leben. „Wenn man,“ sprach er unter großem Beifall, „den Wert dessen, was man auf der Schule lernt, darnach beurteilt, ob damit Geld zu verdienen ist oder nicht, dann ist Deutschland verloren, dann ist es um seine führende Stellung unter den europäischen Völkern geschehen, denn diese Stellung beruht auf seiner überlegenen geistigen Bildung.“<sup>1)</sup> So wurden die anwesenden Philologen der Aufgabe fast überhoben, die Kombination lateinloser und lateinischer Schulen als eine verfehlte Einrichtung zu erweisen, und das Ergebnis der Debatte war der Beschluß: „Ein gemeinsamer Unterbau für Gymnasien und lateinlose Schulen ist nicht zu empfehlen. Indes ist es bis auf weiteres nach örtlichen Bedürfnissen als zulässig zu erachten, a) die zur Zeit schon für die drei unteren Klassen des Gymnasiums und Realgymnasiums bestehende Gemeinsamkeit bis II b einschließlich auszudehnen, während von II a aufwärts der Lehrplan der Oberrealschule eintritt oder b) das Latein an dem Realgymnasium bis zur III b hinaufzuschieben und die drei lateinlosen unteren Klassen zu einer höheren Bürgerschule aufwärts zu ergänzen.“<sup>2)</sup> Dr. Jäger's Wunsch, die Identität von Gymnasium und Realgymnasium, welche die drei unteren Klassen bereits umfaßte, ganz vollständig zu sehen, ging seiner Erfüllung entgegen; die Selbständigkeit der lateintreibenden Realschule wurde, ehe es zur Abstimmung darüber kam, bereits als hinfällig betrachtet.

<sup>1)</sup> Vgl. die Reden von Dr. Virchow S. 116—123 und Dr. Graf S. 144f.; von Prof. Ende S. 141f., von Fromein S. 143f., von Dr. Matthias S. 138f., von Dr. Holzmüller S. 123ff., von D. Uhlhorn S. 131ff. und Fürstbischof Kopp S. 133f.; außerdem Dr. Frid S. 125ff., Dr. Hinzpeter S. 130f., Dr. Jäger S. 134f., Dr. Göring S. 139f., Dr. Albrecht S. 149f., Dr. Schulze S. 151f. und Dr. Kropatschek S. 154f.

<sup>2)</sup> Vgl. die Zusammenstellung der Beschlüsse als Anlage zu den Verhandlungen S. 795ff. und die Abstimmung über Frage II S. 492ff. Für einen gemeinsamen Unterbau für Gymnasien und lateinlose Schulen erklärten sich 15, gegen einen solchen 28 Mitglieder der Konferenz.

## 2) Verhandlungen über eine Reform des Gymnasiums.

Sollte das Gymnasium künftig das Realgymnasium ersetzen, so mußte es in seinem Lehrplan zu einer Vermehrung oder Erweiterung moderner Bildungselemente sich verstehen, und dies konnte nur angehen unter Beschränkung des altsprachlichen Unterrichts. Die nächste Frage betraf deshalb die Zweckmäßigkeit einer Reform des Gymnasiums. „Empfiehl es sich,“ lautete sie, „die den alten Sprachen daselbst gewidmete Stundenzahl einzuschränken und es so zu ermöglichen, daß die Unterrichtsstunden in den drei unteren Klassen herabgesetzt, das Englische fakultativ eingeführt und das Zeichnen über IV hinaus obligatorisch gemacht wird?“ Ferner: „Ist mit jener Einschränkung zugleich der lateinische Aufsatz als Zielleistung und die griechische schriftliche Übersetzungsarbeit für I in Wegfall zu bringen?“

Den Grundanschauungen aller entschiedenen Verfechter des humanistischen Schulbetriebs entsprach es unzweifelhaft, jeder Schmälerung des altsprachlichen Unterrichts zu widerstreben und die bisherige Zielleistung der Gymnasialbildung, den lateinischen Aufsatz, nicht aufzugeben. Der Kernpunkt, um den sich die Auseinandersetzungen zweier Referenten, des Dr. Kruse-Danzig und des Direktors der Landeschule Pforta Dr. Volkmann drehten, war denn auch der alte Glaubenssatz, daß „jede Beschränkung des altsprachlichen Unterrichts das Rückgrat des Gymnasiums noch weiter schwäche“ und daß „eine weitere Beschränkung der ihm gewidmeten Stundenzahl über den Lehrplan von 1882 hinaus den erfolgreichen Betrieb desselben ernstlich gefährden werde, daher nicht in Aussicht genommen werden dürfe.“ Dieser Überzeugung schloß sich auch der Universitäts-Kurator D. Schrader aus Halle an. „Die Schulung des Geistes durch die alten Sprachen und durch die Meisterwerke der alten Literatur,“ das waren einzelne Kraftstellen in seiner Rede, „bleibt nach wie vor für mich das hauptsächlichste Bildungsmittel unseres Gymnasiums, welches allerdings der Ergänzung durch die Mathematik bedarf.“ „Auf diese Weise und durch diesen Unterricht sind wir jetzt groß geworden, haben wir im Reiche der Geister und der Wissenschaft, wir, die Deutschen, den Vorrang erworben“ . . . . „Was wir der Jugend mitgeben müssen, um sie gegen ein Versinken in das Werkeltagsstreben, gegen ungezügelter Erwerbslust, gegen Mutlosigkeit und verzweifelte Abstumpfung zu schützen und ihr das Gewissen und das sittliche Gefühl zu schärfen, das ist der Idealismus, die Anschauung und der Erwerb der Idee, das Bewußtsein von der eigenen sittlichen Verantwortlichkeit“ . . . . Das wird erlangt, wenn wir „unsere Jugend auf wenigen in sich reichen und harmonischen Geistesgebieten heimisch machen. An zehnerlei Wissensstoff, wie verwendbar er im einzelnen sein möge, die Begeisterung der Jugend zu wecken, ist noch keinem Lehrer gelungen und wird bei dem einheitlichen Bau des jugendlichen Geistes für alle Zeit unmöglich bleiben.“ Daher „werde ich,“ erklärte er, „einer Schwächung des altbewährten Hauptbildungsmittels zu Gunsten anderer außerhalb liegender niemals das Wort reden.“ Auch Dr. Kropatschek, obwohl nicht Altphilologe, sondern Historiker und Geograph, stellte sich auf diesen Standpunkt. „Gerade der,“ sprach er, „welcher das Erziehen höher stellt als das Beibringen von Kenntnissen, wer das Können höher stellt als das Wissen, der muß für Vereinfachung des Unterrichts eintreten, aber nicht darauf ausgehen, neue Lehrfächer einzuführen, und nicht versuchen, zu Gunsten dieser die Zahl hervorragender, wesentlicher Lehrfächer herabzusetzen. Wir müssen darauf verzichten, alles, was einmal im späteren Leben ein gebildeter Mann brauchen kann, auch in der Schule zu lehren.“

Das ist einfach unmöglich. Nicht die Elemente aller Bildungsbedürfnisse sollen in der Schule gelehrt werden, sondern der Schüler soll nur die Fähigkeit erwerben, sich jene später aneignen zu können" . . . „Die Schule hat die Aufgabe, das Fundament für das spätere Leben zu legen, und zwar das Gymnasium für eine ganz bestimmte Art des späteren Lebens.“ . . . „Der Zweck des Gymnasiums ist, dem Schüler die geistige Kraft so weit zu stählen, daß er die Universität fruchtbringend besuchen kann.“<sup>1)</sup>

Aber nach der Richtschnur, die vom Kaiser gezogen war, erschien es der Mehrheit doch unmöglich, auf den früheren Forderungen zu bestehen, und man mußte den Reformbestrebungen Konzessionen machen, wenn das Gymnasial-Monopol gerettet werden sollte. Der Wortführer des Hannover'schen Einheitschulvereins, Hornemann, vertrat daher als Gegner des „grammatischen Formalismus“ und der „humanistischen Abrihtung“ in seiner Bericht-erstattung die Meinung, daß alle Teile der vorgelegten Frage bejaht werden müßten, und auf entschiedene Weise betonte der Geh. Regierungsrat Prof. Dr. Schottmüller, daß die Schule, welche seit längerer Zeit sich gewöhnt habe, Selbstzweck zu sein, als dienendes Glied sich in den ganzen Staatsorganismus fügen und die „Anforderungen der neu errungenen Weltstellung Deutschlands an die Ausbildung der Jugend“ berücksichtigen müsse. Selbst Schrader, der gegen eine „Schmälerung des klassischen Unterrichts in seinen Zielen und in seinem Wesen“ war, gab in diesem Punkte zu, daß die Schule, welche dem Vaterland, der Wissenschaft, der allgemeinen Geistesbildung und der Kirche dienen solle, bestimmte Verpflichtungen auch gegen andere Berufszweige habe; vor allem aber sprach nicht nur der Abt D. Uhlhorn die Überzeugung aus, daß die Gymnasien, die mit ihrer klassisch-humanistischen Bildung zu erhalten seien, doch nur gerettet werden könnten, wenn sie den Anforderungen der Gegenwart ihren Zoll bezahlten und Opfer auf dem Gebiet der alten Sprachen brächten, sondern auch der Gymnasialdirektor Dr. Paehler-Wiesbaden erklärte es für unmöglich, „die Berücksichtigung des modernen Lebens abzuweisen“, „die stattgehabte Entwicklung gewaltsam zurückzuschrauben“ und „den Forderungen der Gegenwart keine Rechnung zu tragen“; wenn man „den lateinischen Aufsatz und ebenso das griechische Skriptum fallen lasse, sei eine Ermäßigung der lateinischen und griechischen Unterrichtsstunden zulässig.“ Vom Standpunkt des naturwissenschaftlichen Studiums gab ferner Prof. von Helmholtz die Punkte an, die nach seiner Meinung vorzugsweise beachtet werden müßten, wenn man daran denke, das Gymnasium den Anforderungen, welche die fortschreitende Geistesbildung der Menschheit an ihre Wirksamkeit stellte, anzupassen; vom rein militärischen Standpunkt aus forderte der Major Fleck die Verbreitung moderner Fremdsprachen, welche in den Kreisen der Armee eine Lebensfrage für diese sei, und der Referent für den gewerblichen Unterricht, Geheimrat Lüders, wies auf die Bedeutung hin, welche das Englische und das Zeichnen nach der Auffassung der Handels- und Gewerbeverwaltung auch auf dem Gymnasium habe, während Prof. Dr. Paulsen in der Überzeugung, daß der altsprachliche Unterricht eine weitergehende

<sup>1)</sup> Vgl. die Reden von Dr. Kruse in den Verhandlungen S. 189 ff., von Dr. Volkmann S. 194 ff., von Dr. Schrader S. 214 ff. und von Dr. Kropatschek S. 219 ff. Selbst Dr. Holzmüller, Mathematiker und Lehrer der Mechanik, also „Realist durch und durch“, sprach seine Freude darüber aus, daß die Sonne des Hellenismus auch künftig über den Gymnasien scheinen solle“, denn: „Das Griechische muß jeder betreiben, der eine wahrhaft höhere gelehrte Bildung von der Schule mitnehmen will.“ (Vgl. f. Rede S. 269 ff.) Vor allem aber erging sich Direktor Dr. Uhlig in Ausführungen, mit denen Dr. Volkmann fast in allen Punkten sich einverstanden erklärte (vgl. S. 255 ff.).

Einschränkung auf dem Gymnasium nicht ertrage, Freiheit auch für die Realgymnasien verlangte und nur eine Differenzierung des Weges, nicht eine Einheitschule für möglich hielt. Da überdies aus der Eröffnung des Geh. Oberregierungsrats Dr. Stauder zu schließen war, daß im Unterrichtsministerium „eine vielleicht nicht ganz unbeträchtliche Verminderung der altsprachlichen Lehrstunden beschlossene Sache sei und ein anderer Weg der Vereinfachung, nämlich der Verzicht auf gewisse in's Gymnasium bereits aufgenommene Lehrgegenstände ausgeschlossen zu sein scheine,“ gab schweren Herzens auch Dr. Volkmann nach. „In's Unvermeidliche,“ sprach er in seinem Schlußwort, „werden wir uns fügen müssen, mag das Opfer ein großes oder vielleicht für einzelne Lehranstalten ein minder beträchtliches sein; aber wir tun es mit Trauer und Sorge. Denn ich befürchte von dieser Maßregel trotz allem, was für dieselbe von den verschiedensten Seiten geltend gemacht worden ist, eine Abnahme der geistigen Leistungsfähigkeit unserer künftigen Jugend, und ich erblicke darin auch eine ernste Gefahr für die deutsche Wissenschaft. Doch wollen wir Schulmänner keine Pessimisten werden; das sind wir nicht, und das dürfen wir auch unter keinen Umständen werden.“<sup>1)</sup>

Bei der Abstimmung siegte denn auch der deutsche Einheitschulverein. Aus gesundheitlichen Gründen entschied sich die Majorität der Versammlung dafür, daß „eine Herabsetzung der alten Sprachen möglich sei, wenn als das Hauptziel die Einführung in die klassischen Schriftsteller allgemein erstrebt werde und die grammatischen Übungen wesentlich nur als Mittel dazu dienen.“ Entgegen den Ausführungen des Geheimrats Dr. Stauder, daß bei dieser Einschränkung allein die alten Sprachen in Betracht kommen könnten, setzten die Konservativen es zwar durch, daß außer ihnen zum Teil auch andere Fächer unter der Verminderung der Gesamtstundenzahl betroffen werden sollten, doch kam es in dieser Beziehung nicht zu genaueren Bestimmungen, und daher konnte, wie Hugo Müller sagt, diesem Teil des Beschlusses „nur eine papierene Existenz beschieden sein.“<sup>2)</sup> Dagegen wurde ohne harten Kampf der lateinische Aufsatz als Forderung in der Reifeprüfung geopfert. Selbst Dr. Volkmann verzichtete darauf „im Widerspruch mit vielen seiner Freunde und

<sup>1)</sup> Vgl. die Rede von Hornemann S. 173 ff., von Dr. Schottmüller S. 199 ff., von D. Uhlhorn S. 260 ff., von Dr. Paehler S. 262 ff., von Prof. v. Helmholtz S. 202 ff., von Major Fleck S. 225 ff., von Geh. Rat Lüders S. 240 f., von Prof. Paulsen S. 229 ff., von Geheimrat Stauder S. 209 ff. und das Schlußwort von Dr. Volkmann S. 275 f. — Eine große Rolle spielte in der Debatte auch die Überbürdungsfrage. Die Altphilologen suchten diese möglichst zu entkräften und die Klagen als unbegründet hinzustellen. Der Hofprediger D. Frommel dagegen entwarf, obwohl er das humanistische Gymnasium als ein Kleinod in Schutz nahm, doch, wie Lüders bemerkte, ein sehr trauriges Bild von dem Zustand Berliner Gymnasien (vgl. S. 234 ff.), wurde aber von Geheimrat Stauder, sowie von Dr. Uhlig und Dr. Paehler desavouiert. Auch Dr. Göring meinte, daß eine Überbürdung auf den höheren Schulen nicht zu leugnen sei, und wünschte, da Dr. Uhlig von einem „Vocillus der Verallgemeinerung und Übertreibung“ geredet hatte (vgl. S. 258), daß „auch der Vocillus der Selbstgefälligkeit und der Beschönigung aus der Schulfrage entfernt werden möge.“ „Vollständig ohne Einfluß auf meine Überzeugung“, erklärte er, „bleiben die auch hier wiederholten versus memoriales von dem nicht zu ersehenden Wert der klassischen Bildung, selbst wenn diese versus memoriales mit skandinavischen Arabesken in einheitlichem Kunststil verziert und durch eine ganz eigenartige Dialektik unterstützt werden.“ (Vgl. S. 266 ff.) Der Fürstbischof Dr. Kopp aber erwiderte darauf, der Wunsch, daß der „Schulreformlärm“ doch verstummen möge, werde sicher erreicht werden, wenn alle der Pietät sich bewußt seien, die sie der Schule schuldig seien, aus welcher sie hervorgegangen wären (vgl. S. 271 ff.).

<sup>2)</sup> Dr. Hugo Müller „Das höhere Schulwesen Deutschlands im Anfang des 20. Jahrhunderts“ (Stuttgart, 1904) S. 33.

Spezialkollegen", weil diese Übung ihrer Natur nach „etwas Schablonenhaftes“ habe, „bis zu einem gewissen Grad sich in den Fesseln der Scholastik bewege“, die Schüler „zum Phrasenmachen anhalte“ und weil die Arbeit „durch eine methodische Anleitung zur Übersetzung deutscher Originalstücke“ ersetzt werden könne. Wie Dr. Paulsen bemerkt (II, 594), wurde über diese wichtige Frage nicht einmal mehr abgestimmt; bloßes Handaufheben genügte; „das Palladium des alten Gymnasiums schwand ohne Sang und Klang“. Man war eben von der Anschauung zurückgekommen, daß mit dem lateinischen Aufsatz das Gymnasium stehe oder falle.<sup>1)</sup> Desgleichen wurde das „Angst- und Notlateinsprechen“, wie es Dr. Jäger bezeichnete,<sup>2)</sup> als entbehrlich aufgegeben und ebenso im Griechischen die schriftliche Übersetzungsarbeit für Prima. Dafür wurde die Einführung des Englischen, fakultativ oder obligatorisch je nach den örtlichen Verhältnissen, auch in den Gymnasien empfohlen und die Fortsetzung des Zeichnens über Klasse IV hinaus bis IIb einschließlich sogar als allgemein verbindlich gefordert. Ein großer Nachdruck sollte unter allen Umständen ferner auf Deutsch gelegt und die Stundenzahl dafür soweit als tunlich vermehrt werden; auch erschien eine eingehendere Behandlung der neueren vaterländischen Geschichte auf Kosten des sonstigen geschichtlichen Stoffs als unbedingt erforderlich. In dem so reformierten Gymnasium glaubte man die „Einheitschulorganisation“ gefunden zu haben; zu vermeiden war dabei allerdings nicht die oft verurteilte Verquickung des realistischen und des humanistischen Bildungsprinzips.

### 3) Debatte über den Fortbestand des Realgymnasiums.

Nachdem eine solche Reform des Gymnasiums in Aussicht genommen war, handelte es sich weiter vor allem um den Fortbestand des Realgymnasiums. Wie die Entscheidung ausfallen würde, war voranzusehen, doch wurde zunächst noch die Frage erörtert, ob im Lehrplan desselben die 1882 angeordnete Verstärkung des Latein beizubehalten oder eine Verminderung desselben und eine Herabsetzung der Gesamtstundenzahl, insbesondere in den unteren Klassen, herbeizuführen sei. Der lateinische Unterricht, welcher seit 1859 für die Realschule I. O. obligatorisch gemacht worden war, hatte bis 1882 nur eine untergeordnete Rolle im Lehrplan gehabt, und das Urteil über die Erfolge desselben war deshalb auch im allgemeinen ein durchaus ungünstiges gewesen. Nachdem aber in dem geänderten Lehrplan die Gesamtzahl der wöchentlichen Stunden von 44 auf 54 gestiegen war, hatte der Unterricht an Wert bedeutend gewonnen, und der erste Berichterstatter, der Realgymnasialdirektor Dr. Matthias in Düsseldorf, welcher persönlich sehr aner kennenswerte Erfolge aufzuweisen hatte, konnte sich auf Leistungen berufen, welche in Zukunft selbst für das reformierte Gymnasium ausreichen würden. Er war daher gegen eine Veränderung der bestehenden Stundenzahl; „will man aber,“ fügte er hinzu, „das Latein auf Realgymnasien absolut verkürzen, dann verkürze man es so, daß nichts mehr übrig bleibt.“ Noch entschiedener sprach sich der zweite Redner, der gründliche Kenner des Gelehrtenunterrichts, Prof. Dr. Paulsen, gegen eine Verkürzung aus. Er wies geschichtlich nach, warum das Lateinische auch im Realgymnasium während des letzten halben Jahrhunderts in beständigem Aufsteigen geblieben sei und welchen Wert die Kenntnis desselben für „alle die Beamtenklassen habe, welche nicht

<sup>1)</sup> Durch die Ministerialverfügung vom 27. Dez. 1890 wurde dem Beschluß der Konferenz entsprechend die Anfertigung des lateinischen Aufsatzes bereits für die nächste Osterprüfung tatsächlich abgestellt.

<sup>2)</sup> Vgl. die Verhandlungen S. 570.



durch die juristisch-akademische Bildung hindurchgingen, sondern im Steuer-, Post-, Forstfach u. d. m. Unterkunft suchten, auch für die Techniker, welche auf den technischen Hochschulen wissenschaftliche Studien zu machen vorhätten, und vor allem für die Offiziere, die auf Lateinisch nicht verzichten könnten und wollten, obwohl ihnen das Gymnasium mit seinem Kursus nicht angemessen sei. Wenn das Realgymnasium im Schulwesen die errungene Stellung behalten wolle, wenn es als Gelehrtenschule neben dem Gymnasium weiterhin zu wissenschaftlichen Studien auf der Universität und der technischen Hochschule vorbereiten solle, so dürfe hinsichtlich des Lateins ein wesentlicher Unterschied zwischen ihm und dem reformierten Gymnasium nicht vorhanden sein; es sei vielmehr eine kleine Steigerung wünschenswert, sodaß der Lateinkursus an beiden Lehranstalten durchaus gleichmäßig gestaltet werde.“ Dagegen bekannte sich der zweite Mitberichterstatler, der Kaiserl. Oberschulrat Dr. Albrecht aus Straßburg i. E., entschieden zu der Ansicht der Mehrheit in der Versammlung, daß eine realistische Anstalt recht realistisch, eine humanistische recht humanistisch sein müsse und daß man mit einer Verquickung von beiden nicht operieren solle. Junge Leute, welche ihre Zukunft darauf richteten, unmittelbar in einen praktischen Beruf einzutreten und den Anforderungen gerecht zu werden, welche die Gegenwart an das wirtschaftliche Leben stelle, hätten kein Interesse daran, von der Gegenwart ab- und der Vergangenheit zugewandt zu werden; für sie seien die 54 Stunden Latein „eine hemmende Kette, die sie hinter sich drein zu schleifen hätten.“ Das Latein, welches nur durch die Forderung von Ressortberechtigungen in diese Schulform hineingekommen sei, habe zu einem verderblichen Ultraquismus geführt, denn das Realgymnasium habe einen großen Teil von Aufgaben übernehmen müssen, welche ihm von vorn herein nicht zugemutet waren und einer realistischen Anstalt auch nicht zugemutet werden durften, die Aufgabe, eine allgemeine auf wissenschaftliche Tätigkeit vorbereitende Bildung zu vermitteln und einen Teil der humanistischen Bildung, wenngleich nicht die ganze, zu betreiben. Damit aber zersplittere die Schule ihre eigene Leistungsfähigkeit, sowie nicht minder die Kraft ihrer Schüler; eine in sich gefestigte und geschlossene Arbeit könne nicht geleistet werden. Für die Schüler werde das Latein zu einer schweren Belastung, und das gesamte Resultat sei doch nur eine auf einer bescheidenen Kenntnis desselben beruhende Bildung, die an den Wert der vollen humanistischen Bildung nicht heranreiche. Daher sei er zum mindesten für Reduktion des Lateinischen, obwohl er seiner Grundanschauung nach zu einer völligen Beseitigung desselben im Lehrplan der realistischen Anstalten kommen müsse.<sup>1)</sup>

Bei der Zusammenfassung der Konferenz konnte es nicht zweifelhaft sein, daß diese Ansicht den Anschauungen der Majorität entsprach, und die Gegner vertraten ihren Standpunkt nur noch mit dem Gefühl, daß es auf eine Beseitigung des Realgymnasiums abgesehen sei. Man hielt sich deshalb auch mit der Debatte über den Lateinbetrieb nicht mehr länger auf, sondern zog auf den Antrag des Abtes Oberkonsistorialrats Dr. Ahlhorn nunmehr sofort die Frage heran, welche als erste unter allen Thesen an der Spitze stand, ob die bestehenden Arten der höheren Schulen in ihrer gegenwärtigen Sonderung beizubehalten seien, oder ob eine Verschmelzung entweder von Gymnasium und Realgymnasium, oder von Realgymnasium und Oberrealschule sich empfehle.

Wie die Mehrheit der Versammlung über diesen Punkt dachte, sprach mit dürren Worten sogleich der erste Berichterstatler aus, der Direktor der Francke'schen Stiftungen in

<sup>1)</sup> Vgl. die Rede von Matthias S. 279f. und 360, die von Paulsen S. 283ff. und die von Albrecht S. 288 ff.

Halle, D. Dr. Frick, welcher unter seinen Anstalten selbst ein Realgymnasium zu verwalten hatte. „Wir alle sind einig,“ begann er, „in der Überzeugung, daß nur zwei Gattungen von Schulen wünschenswert seien, nämlich solche, die einerseits das gymnasiale, andererseits das realistische Bildungsprinzip folgerichtig ausgestalten.“ In der Entwicklung des höheren Schulwesens, welches in der letzten Zeit sich im Widerstreit dieser beiden Prinzipien vollzogen habe, seien von vornherein zwei Fehler gemacht. Einerseits habe man das Gymnasium, dessen „überwiegende oder einseitige Berücksichtigung des Altertums und der altklassischen Gedankenkreise“ den Gegensatz der Realschulen heraufbeschworen habe, im allgemeinen in der Einseitigkeit seiner Bildungsweise bestehen lassen, anstatt schon 1859 ein wenig zeitgemäß es zu reformieren; andererseits habe man, anstatt das realistische Prinzip in den neuen Anstalten folgerichtig und voll zum Ausdruck zu bringen, ein Stück der humanistischen Eigenart des Gymnasiums, das Latein, in sie hinübergenommen, und insolgedessen seien diese, von ihrer ursprünglichen Bestimmung abgelenkt, immer mehr in das gymnasiale Fahrwasser und damit in die Bahn eines Wettlaufs mit dem Gymnasium selbst gedrängt, bis man 1882 zu dem Realgymnasium gelangt sei. Jetzt sei es Zeit, endlich aus dem Zeitalter der Schulerperimente herauszukommen, welche zahlreiche Kommunen unter großen Opfern hätten vornehmen, mitmachen oder auch zurückmachen müssen, und ein System von Schulen zu schaffen, welches dem inneren Wesen der Schulgattungen entspreche und dem Bildungsbedürfnis der Nation in vollgerechter Weise entgegenkomme. Das Gymnasium bedürfe einer inneren zeitgemäßen Reform; habe es aber vom Realgymnasium sich gewisse Vorzüge angeeignet, dann habe das letztere einen selbständigen Wert nicht mehr und könne beseitigt werden. Was von realistischen Bildungsprinzipien in ihm sei, könne es an die wirklichen Realschulen (lateinlose höhere Bürgerschulen und Oberrealschulen) abgeben, was von gymnasiale Bestrebungen in ihm sei, an die Gymnasien, und dann besäße man mit der doppelten Art von Schulen ein genügendes, folgerichtig ausgestattetes System, welches auf der einen Seite ein rein realistisches, auf der anderen ein rein humanistisches Bildungsprinzip verfolge.<sup>1)</sup>

Als Vertreter der Oberrealschule, welche nach dem Eingehen des Realgymnasiums an Bedeutung nur gewinnen konnte, stimmte dieser Ansicht der Direktor Dr. Fiedler aus Breslau gerne zu. Allerdings konnte er das Bedenken nicht ganz unterdrücken, daß das

<sup>1)</sup> Vgl. Frick's Reden in den Verhandlungen S. 294 ff. und S. 362 f. Als Herausgeber der Zeitschrift: „Lehrproben und Lehrgänge“ war er für die Durchführung der Herbart-Ziller-Stoy'schen Lehrmethode schon seit 1884 praktisch eingetreten; auch in der Konferenz wies er, um der Mißachtung derselben und der üblich gewordenen Gegenüberstellung durchaus unklarer Begriffe, wie „alter und neuer Methode“, zu begegnen, auf das Werk des Prager Professors Otto Billmann (2 Bde., 1882—89) hin und empfahl es als „ein geniales Buch,“ welches nichts von dem Alten unterwertet lasse und zeige, wie man überall aus den Stoffen den Bildungsgang herausnehmen und immer genau zu fragen habe, wie der Bildungsgehalt sich zu dem jedesmaligen Schülersubjekt verhalte. Es verfolge die großen allgemeinen Gesichtspunkte, welche der Lehrer der Staatswissenschaften Lorenz von Stein zu Wien († 1890) „in seinem großen sozialpolitischen Werk über die Bildungsarbeit als eine Mitarbeit an der Bewegung geistiger Güter aufstelle,“ und „bringe noch den anderen von der Bildungsarbeit als einer Mitarbeit an der Verjüngung des Sozialkörpers hinzu.“ In einer Zeit, wo zahllose Väter an ihrem Fleisch und Blut die Mißgriffe falscher Didaktik erfahren, wo Lehrer und Behörden die Notwendigkeit einer besseren didaktischen Vorbildung des höheren Lehrstandes anerkannt hätten, wo auch der Kaiser mit so großem Verständnis den Nachdruck auf diesen Punkt gelegt habe, sei es ein ganz besonders glückliches Zusammentreffen, daß „eine so großartige bedeutende Leistung“ vorliege, die, „einerseits eine rückwärts gewandte Prophetin, die bedeutenden Schritte der Vergangenheit von neuem wieder nachweise, andererseits aber auch mit vorwärts gewandtem Blick neue Wege zeige.“

reformierte Gymnasium eine große Anzahl von Lehrgegenständen noch aufzunehmen habe; vier resp. fünf Sprachen aber seien der Jugend zu viel. Doch da es vor allem darauf ankomme, gründlich zu lehren, was man lehre, so bedürfe es nur zweierlei Anstalten, solcher, in welchen humanistische Studien gründlich betrieben würden, und solcher, welche die alten Sprachen überhaupt nicht in ihren Lehrplan aufnahmen.<sup>1)</sup>

Unter den Vertretern des Realgymnasiums schien Dr. Matthias bereits zur Nachgiebigkeit entschlossen; er war dem Versuch nicht abgeneigt, die ganze Aufgabe der humanistischen Vorbildung einer einzigen Schule zu überweisen und durch Verschmelzung des Gymnasiums, welches seinerseits unter Kürzung des Lateins einige realistische Fächer, wie Zeichnen und fakultatives Englisch betreiben sollte, mit dem Realgymnasium, welches unter Beschränkung des mathematisch-naturwissenschaftlichen und des neusprachlichen Unterrichts auch das Griechische in seinen Lehrplan aufzunehmen habe, eine Einheitschule zu machen. Damit trat er auf die Seite der viel tausend Stimmen des Schulreformvereins, welche nach Dr. Schauenburgs Charakterisierung „in der historischen Entwicklung des Schulwesens statt eines friedlichen Wettstreites zwischen Gymnasium und Realgymnasium, wie ihn der Allg. Deutsche Real-Schulmännerverein vergeblich erstrebte, ungeduldig, der rastlos vordringenden Zeit entsprechend, eine gründliche und sofortige Umgestaltung verlangten.“<sup>2)</sup>

Die undankbare Aufgabe dagegen, als „Sachwalter“ eines Angeklagten und im Grunde schon Verurteilten aufzutreten und „als einziger Vertreter der 71 selbständigen Realgymnasien der gemeinsamen Überzeugung ihrer Leiter Ausdruck zu geben,“ hatte der älteste unter ihren Direktoren, Dr. Schauenburg, übernommen, und obwohl er „in dem hierfür berufenen Kreise der einflussreichsten und angesehensten Vertreter des humanistischen Gymnasiums wenig Anklang zu finden“ hoffen konnte, betrachtete er es doch als seine Pflicht, „die Ergebnisse einer 48jährigen Erfahrung im Lehramt am Realgymnasium in geziemender Ehrerbietung vor den Füßen des Thrones niederzulegen.“<sup>3)</sup>

<sup>1)</sup> Vgl. die Rede Fiedlers als Mitberichterstatters S. 301 f. In ähnlicher Weise wünschte später auch der Fabrikbesitzer Frome in Elberfeld, welcher den Durchgang durch das Gymnasium nach manchen Richtungen hin selbst für das gewerbliche Leben für vorteilhaft hielt, doch dringend für die Industrie eine lebensfähige höhere Unterrichtsanstalt mit rein realen Bildungsmitteln, und er sprach die Hoffnung aus, daß infolge der Sonderung der Lehranstalten die lebhafteste Bewegung auf dem Schulgebiet mit dem wünschenswerten Schulfrieden abschließen werde (vgl. S. 753 f.).

<sup>2)</sup> Vgl. Dr. Schauenburgs Rede S. 303. Dr. Matthias, seit 1885 Direktor des Gymnasiums und Realgymnasiums in Düsseldorf, erkannte als Krebschaden des Realgymnasiums gleich Dr. Albrecht „ein Sammelsurium von Lehrfächern“ an; hinsichtlich des Lateins wolle er unverminderten Unterricht oder gar keinen, und den von Dr. Deiters, Dr. Fried und Dr. Fiedler aufgestellten Thejen zustimmend, erklärte er: „Wenn man das Latein am Realgymnasium absolut kürzen will, kommt man zu einer durchaus klaren Entscheidung.“ In betreff des Gymnasiums dagegen war er der Ansicht: „Wenn jetzt dasselbe einen Schritt tut, den es schon vor zwanzig, dreißig Jahren hätte tun sollen, wenn es sich regeneriert, dann stimme ich einerseits für die lateinlose Realschule, andererseits für das regenerierte Gymnasium, im Interesse unserer Jugend und vor allen Dingen im Interesse des Schulfriedens, den wir dringend nötig haben.“ Doch nur unter den angegebenen Voraussetzungen erklärte er voll und kräftig für jene Thejen eintreten zu wollen (vgl. sein Schlussreferat S. 360 f.). Später (1898) wurde er Provinzialschulrat in Koblenz und 1900 vortragender Rat im Kultusministerium.

<sup>3)</sup> Nachdem er seit 1843 an den höheren Realanstalten in Siegen und Säneldorf gewirkt hatte, war er seit 1866 Direktor des Realgymnasiums in Krefeld. Als Hauptverteidiger des Realgymnasiums durfte er mit Zustimmung der Versammlung das vorgeschriebene Zeitmaß in seinem Referat bedeutend überschreiten. Die

In den beiden Verteidigungsreden, die er hielt, ging er von der Voraussetzung aus, daß, was „ziemlich allgemein zugestanden werde,“ das alte Gymnasium, „der Stolz des deutschen Volks,“ ohne seinen eigentlichen Charakter aufzugeben, allein „der Forderung nicht mehr genügen könne, die Jugend der gebildeten Stände, welche es mit der Grundlage für eine vertiefte Geistesbildung ausrüste, zugleich zweckmäßig für die Mitarbeit an den schwierigen Aufgaben der Neuzeit vorzubereiten,“ und er berief sich dabei auf das Zeugnis Treitschke's, welcher sich in seiner Schrift von der Zukunft des deutschen Gymnasiums (S. 79) gegen jede „nochmalige Verstümmelung“ des ohnehin schon auf das äußerste beschränkten Unterrichts in den klassischen Sprachen verwahre, sowie auf die Ansicht des Seniors der Versammlung, des Geheimrats Dr. Zeller (S. 60), welcher alle Versuche der Einheitschule unter Gefährdung der klassischen Studien und der klassischen Bildung in Deutschland scharf verurteile, und auf die gleiche Überzeugung eines Dr. Schrader, Dr. Jäger, Dr. Volkman, Dr. Deiters, Dr. Kruse u. a. Aber „die Vorbildung der Gymnasial-Abiturienten leide an Einseitigkeit, sodaß sie der Ergänzung zu allgemein wissenschaftlicher Bildung bedürfe,“ und auf Rechnung dieses Mangels setze er „das vornehme Mißachten der Kräfte, welche im Leben unserer Zeit ihre Rechte immer nachdrücklicher geltend machten,“ sowie „den geringen Anteil und das geringe Verständnis, welches die aus der Stille der antiken Welt in das helle Licht und das laute Treiben der Gegenwart versetzten Studenten den Interessen des lebenden Geschlechts entgegenbrächten und welches schuld sei an vielen Abwegen, an dem wenig idealen Gebahren weiter studentischer Kreise.“ Solange die gründliche Aneignung der antiken Sprachen und die eindringende Kenntnis ihrer Schriftsteller für das Rückgrat der Gymnasien gelte, könne „ohne geistige Überbürdung und ohne Gefährdung der leiblichen Entwicklung durch eine und dieselbe Schule allen Anforderungen an höhere Bildung nicht genügt werden; es sei daher Teilung der Arbeit geboten und auf naturgemäße Weise ein neues Gymnasium mit dem alten in Wettbewerb getreten, welches, gleichsam in Ergänzung desselben mit den Bildungsmitteln der Neuzeit reichlicher ausgestattet, unter Ausschluß des Griechischen nur noch das für den Gebildeten schwer entbehrliche Latein beibehalte und in ausreichender Weise betreibe.

Freilich habe man sich gewöhnt, von der unbequemen Mitbewerberin um das Studienrecht geringschätzig zu sprechen, und in weite und maßgebende Kreise sei die Losung geworfen, das Realgymnasium habe sich nicht bewährt, seine Leistungen litten unter Halbheit und Verflachung. Demgegenüber aber könne die Staatsbehörde rechtfertigend eintreten; der Minister von Gossler selbst habe in Hannover und Kassel, in Trier und zuletzt noch in Coblenz sich beifällig über die Leistungen der dortigen Realgymnasien geäußert, und es sei zu hoffen, daß er sein gewichtiges Wort zur Ehrenrettung dieser Schulart und ihres Lehrplans in die Wagschale werfen werde. Wohl habe man die Überfülle von Hauptfächern an diesen Instituten gerügt (Dr. Albrecht u. a.) und ein zentrales Fach vermißt, wie es eine Vorbereitungsanstalt für akademische Studien brauche (Dr. Jäger), aber sei nicht auch für das Gymnasium in dieser Konferenz eine Sichtung seines Materials gewünscht worden? Insbesondere habe der Lateinunterricht an Realschulen die mannigfachsten Anfechtungen erfahren; erst seien die Leistungen darin zu gering, später, seit 1882, sei das Zeitopfer dafür zu groß befunden worden, indessen auf Grund seiner langen Erfahrung trete er mit voller Überzeugung für

einzelnen Gesichtspunkte seiner ausführlichen Rede (S. 302—312) sind mit denen einer zweiten (S. 363—366) im Folgenden zusammengezogen und nach bestimmten Gesichtspunkten gruppiert, doch ist der Wortlaut des Redners meist beibehalten.

diesen Unterricht ein, der nicht zu den überladenden Lehrgegenständen des Realgymnasiums gehöre, denn es werde jetzt mit 54 Stunden wöchentlich schon etwas erhebliches geleistet und in der Verbesserung der Methode überdies noch rüstig vorangeschritten.<sup>1)</sup> Griechisch sei allerdings hier nicht nötig, so wenig wie an den Kadettenschulen, die im wesentlichen Realgymnasien seien, denn wissenschaftliche Bildung sei auch ohne Griechisch möglich, und man habe sich zu hüten vor einem Zwangsunterricht, der „weder der Klassizität, noch der Schule Segen bringen würde.“ Auf die großen Vorteile dagegen, welche durch den Betrieb des Lateinischen auch der Jugend in den realistischen Anstalten zuteil werde, dürfe das Realgymnasium nicht verzichten, auf den Vorteil „des Einlebens in die Weltsprache der Wissenschaft,“ auf „die Möglichkeit, dem Altertum näher zu treten und wenigstens in den Geist hervorragender Schriftsteller, Prosaischer und Dichter, einzudringen.“

Es kämen aber nicht bloß Leistungen im Latein in Frage, welches, noch immer mit dem geistigen Leben der Gegenwart nach allen Richtungen verwachsen, auch in einer 9stufigen Reallehranstalt seine volle Berechtigung habe; Übersetzungen griechischer Dramen und bildliche Darstellungen griechischer Kunst hülften den Gesichtskreis der Schüler erweitern; die Shakespeare-Lektüre schaffe in Prima einen ansehnlichen Ersatz für die Lektüre griechischer Originale; der erweiterte geographische Unterricht, die Kenntnisse der neueren Sprachen und der naturwissenschaftliche, physikalische und chemische Unterricht böten eine Fülle von Anregungen dem erwachenden und aufstrebenden Geist des Jünglings in unserer bewegten und empfindungsreichen Zeit und leisteten Hilfe in dem gesteigerten Weltverkehr, in den er bald eintreten solle. Daher erwiesen sich auch die Abiturienten der Realgymnasien überall als vorzugsweise brauchbare Menschen, die in jedem bürgerlichen Beruf gern gesehen würden. Zahllose tüchtige Bürger und treffliche Beamte seien so gebildet, und viele hätten sich ausgezeichnet im Post-, Berg- und Forstfach, viele auch im Baufach und in der höheren Technik, viele als Lehrer höherer Lehranstalten. Große Unternehmer, welche tausende von Arbeitern beschäftigten, hätten sich hier ihre Ausbildung geholt; auch der Offizierstand, der zur guten Hälfte aus Anstalten dieses Lehrgangs hervorgehe, lege ein hochbedeutungsvolles Zeugnis für die Realgymnasialbildung ab, und keineswegs gereichten die Zöglinge des Realgymnasiums den Universitäten zur Unehre. Da ja die Lehrstunden an den beiden Arten von Gymnasien fast zu  $\frac{4}{5}$  den gleichen Lehrgegenständen gewidmet seien, so könne doch die kleine Bildungsdifferenz unmöglich zu Ungunsten der neuen Anstalten ausschlagen. An Naturforschern und

<sup>1)</sup> Unter den verschiedenen Rednern griff auch der Provinzialschulrat Dr. Deiters aus Koblenz das Realgymnasium an, weil es eigentlich nur Hauptfächer habe, von denen das eine dem anderen im Wege stehe. „Das Deutsche, das Latein, die neueren Sprachen, die Mathematik, die Naturwissenschaften,“ erklärte er, „treten alle in den oberen Klassen mit dem Wust eines Hauptfachs ein,“ und daher erleide das eine oder das andere Fach eine Beeinträchtigung, oder die Schüler würden überlastet (vgl. in den Verhandlungen S. 300). Lobend dagegen erkannte der Provinzialschulrat Dr. Klitz an, daß „Fleiß die Schüler der Realgymnasien auszeichne.“ „Nach den Erfahrungen von 1882,“ erklärte er, „kann ich mit fester Überzeugung sagen, daß die Leistungen auch im Latein zugenommen haben“; freilich, an die Leistungen der Gymnasialprimaner reichten die der Realgymnasialisten nicht heran (vgl. S. 331.). Auch Dr. Kropatsched, der vor seinem Austritt aus dem Schuldienst fünf Jahre an einem Realgymnasium gewesen war, hob rühmend den Fleiß und den Eifer der Schüler hervor, doch, urteilte er, „ihre schließlichen Leistungen, auch im Deutschen und in der Geschichte, waren doch nicht gleichwertig mit denen der Schüler des Gymnasiums.“ Eine entscheidende Beantwortung der Frage, fügte er hinzu, „kann freilich nur aus der Kenntnis der gesamten Praxis erfolgen, wie sie allein die Schulverwaltung besitzt, und diese hat bis jetzt über das Realgymnasium ein zum mindesten vorsichtiges Schweigen beobachtet“ (vgl. S. 746).

Universitätslehrern vermöge er gegen 60 herzuzählen, die ihre Vorbildung und Anregung zu weiteren wissenschaftlichen Studien dem Realgymnasium verdankten; auch eine große Anzahl von tüchtigen Lehrern wirkten an Anstalten, selbst an Gymnasien, seitdem das Studium der neueren Sprachen und der mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächer den Real-Abiturienten freigegeben sei. Zu wissenschaftlicher Arbeit und zu erfolgreichen Universitätsstudien befähigt eben nicht bloß die Gymnasialbildung, sondern auch die auf dem Realgymnasium gewonnene.

Daher sei das Realgymnasium, eine Schöpfung des gebildeten Bürgerstandes, eine Lieblingschule desselben und in der Tat eine unschätzbare Lehranstalt für die bildungsbedürftigen, gehobenen Kreise des städtischen Bürgertums, welche ihre Jugend für höhere Ziele vorgebildet zu sehen wünsche, als die des bloßen Erwerbslebens, für schwierigere Aufgaben, welche „die stetig wachsenden Bedürfnisse bürgerlicher Gemeinwesen, die Teilnahme an staatlichen Veranstaltungen und die Hingabe an allgemeine menschliche Bestrebungen an jeden Denkenden stellen.“ So wertvoll auch der Besitz 6jähriger höherer Bürger Schulen sei und so wertvolle Kenntnisse in diesen gewonnen würden: die 9jährige Schule, welche um 3 Jahre weiter den Jüngling vor den Gefahren der Verflachung und der vielen sonstigen sittlichen Schäden im Leben schütze, vermittele in den Oberklassen eine Vertiefung des Denkens, eine Veredelung des Empfindens, eine Sicherung des Willens, welche die Bürgerschaft für spätere Leistungen, für männliche Tüchtigkeit und ein befriedigtes Leben böten, und um dieser drei Jahre willen fordere der Bürgerstand den Fortbestand des Realgymnasiums. Dagegen wolle man unter Verzicht auf die eingehendere Pflege der neueren Sprachen und der Naturwissenschaften nicht die Kenntnis der griechischen Sprache eintauschen. Das Realgymnasium sei ein Bindeglied zwischen den lateinlosen Schulen und dem humanistischen Gymnasium; „man dürfe es nicht aufgeben, weil sonst der Anschluß zwischen den verschiedenen Schulgattungen verloren ginge, weil das gegenseitige Verständnis zwischen den verschiedenen Schichten des Volks und den verschiedenen Kreisen der Gebildeten schwinden würde, weil wir die Mitwirkung realistisch gebildeter Universitätszöglinge auf das Geistesleben unserer höheren Kreise ausschließen, weil wir dem höheren Bürgerstande selbst die Gelegenheit zu humanistischer Bildung raubten und den Stand seiner Bildung herabdrückten, weil wir endlich ihm die Befähigung zu den Leistungen, welche unsere Zeit von ihm fordere, verlegen und ihm zu wirtschaftlichem Wettstreit mit anderen Völkern die Kraft lähmen würden.“ Leider habe diese Anstalt schwer um ihr Dasein kämpfen müssen, und manches offene und geheime Hindernis hemme ihr Wirken; auch jetzt seien in dieser Konferenz die Patronate der Realgymnasien nicht vertreten; aber die Städte wollten die Anstalt, die sie mit großen Opfern sich geschaffen, auch sich erhalten wissen, und es würde der maßgebendsten und hervorragendsten Industriellen und Kaufleute, zumal im Westen des Staates, nicht bloß eine Enttäuschung, sondern ein tiefer Schmerz sich bemächtigen, wenn das Realgymnasium beseitigt werden sollte. Damit würde die Schulreform-Frage nicht gelöst, sondern in hohem Grade verschärft werden.

Jetzt liege das ernste Verlangen der Schulverwaltung vor, einen sicheren Weg zu finden, welcher aus der Notlage, in der das höhere Schulwesen unleugbar sich befinde, zu befriedigenden Zuständen führe. Solle nun auf neuen Wegen Neues gesucht werden, was allen Ansprüchen genüge? Seit 1882 sei die Wiesesche Realschule I. O. durch Verstärkung klassischer Bildungstoffe, besonders durch Vermehrung des lateinischen Unterrichts in das heutige Realgymnasium verwandelt, unzweifelhaft um zu erproben, ob eine solche Schule ebenbürtig neben der älteren Schwester stehen könne, und, nachdem acht, fast neun Jahre

seitdem vergangen seien, wäre es möglich, durch sorgfältige Prüfung der Ergebnisse zu einem abschließenden Urteil zu gelangen. Warum aber wolle man nicht den bisherigen Weg langsamer historischer Entwicklung weiter verfolgen, in der Hoffnung, daß aus dem Wettstreit des neuen Gymnasiums mit dem alten sich ein Ruhestand gleichmäßigen Vorwärtsgehens ergeben werde? Es brauche nicht jede Schulform eine eminent reine zu sein; es müsse auch Übergangsformen geben. Den Eltern ginge ein unschätzbare Gewinn verloren, wenn nur Gymnasien und ohne Vermittelung lateinlose Bürger Schulen neben einander beständen; für altklassische Bildung könne sich der höhere Bürgerstand nicht mehr erwärmen; stände ihm außer dem Gymnasium nur die sechsjährige Realschule zur Wahl, so würde sein Bildungsniveau in unerträglicher Weise herabgedrückt. Überdies sei ein Übergang von der einen Anstalt zur anderen dann schon nach dem ersten Schuljahr schwierig, nach dem zweiten kaum mehr durchführbar. Es müsse dem Volk eine Schule erhalten bleiben, von wo aus der Übertritt nach beiden Seiten hin sich leicht vollziehe, und das sei eine Realanstalt mit Latein in neunjährigem Kursus. Daher keine „verschmelzende Einheitschule!“ Es sei dies nur ein liebenswürdiger Euphemismus. Verzichte man auf die vorgeschlagene Hinrichtung des Realgymnasiums. Eine Verbindung mit dem Gymnasium, welche jenes vernichte, würde die Kreise desselben nur in verhängnisvoller Weise stören.

Was dagegen not tue, das sei eine Erweiterung der Berechtigungen für das Realgymnasium; dann werde dasselbe sich kräftiger weiter entwickeln. Denn die Berechtigungen zögen die Frequenz in die Schule hinein, nicht die Erwägungen, welches die heilsamste Bildung sei. Er sehe den Schaden nicht ein, welcher darin liegen solle, wenn den Abiturienten sämtlicher neunjähriger Schulen volle Berechtigung zu den Universitätsstudien eingeräumt würde; dann sei der Zwang nicht mehr vorhanden, daß, wer später studieren wolle, Griechisch gelernt haben müsse. Die Jugend des gehobenen, bildungsfreudigen Bürgerstandes aber solle und müsse ebenbürtig mit den Zöglingen der Gymnasien aufwachsen und ebenso wie diese auf der Universität, so auch ihrerseits ihre geistige Bildung in ihren Lehrjahren in Heimat und Fremde vertiefen können, und die Abiturienten der Realgymnasien würden der Universität keine Schande machen. Gesuche um Erweiterung der Berechtigungen seien wiederholt von den Patronaten an die hohen Staats- und Reichsbehörden gerichtet worden; hier in dieser Versammlung werde diese nationale Forderung wohl kein Gehör finden, aber „in den gebildeten Kreisen des Volks werfe sie immer gewaltigere Wellen und lasse schließlich keine andere Lösung zu, als die Aufhebung des Gymnasial-Monopols, die Anerkennung, daß wissenschaftliche Durchbildung auch ohne griechische Sprache möglich sei, daß der deutsche Geist Kraft genug besitze, um nicht für alle Zeiten die Vorbedingungen seiner Fortentwicklung aus dem Altertum zu holen.“ „Halten wir,“ war sein Schlußwort, „das Realgymnasium in Ehren!“ —

Eine starke Stütze fand der Verteidiger des angefeindeten Realgymnasiums an dem berühmten Verfasser der „Geschichte des gelehrten Unterrichts“, Prof. Dr. Paulsen. Auch er trat in zwei Reden für das neue Gymnasium der Neuzeit ein.<sup>1)</sup>

Ausdrücklich verwahrt er sich gegen die Ansicht, als ob er in einem „Pietätsverhältnis“ zum Realgymnasium stehe; seine ganze Geistesrichtung, aus dem alten Gym-

<sup>1)</sup> Vgl. die Verhandlungen S. 350 ff. und 739 ff., sowie seine Schrift: „Das Realgymnasium und die humanistische Bildung“ (Berlin 1889).

nasium hervorgegangen, stehe den historischen Wissenschaften, den sprachlichen Forschungen näher, als den naturwissenschaftlich-mathematischen Fächern, aber seine in geschichtlicher Betrachtung wurzelnde Überzeugung sei, daß man gegenwärtig mit einer einheitlichen gelehrten Schule als Vorbereitungsanstalt für alle gelehrten Berufe oder gar für alle höheren Berufe überhaupt nicht mehr auskomme. Wohl bedürfe man ohne Zweifel noch solcher gelehrten Schulen, in welchen die griechische Sprache und Literatur eine hervorragende Stellung einnehme; dahin gehörten das theologische Studium, sowie die philologisch-historischen Studien in ihrer mannigfachen Gestalt, vielleicht auch das juristische Studium, welches ja, obwohl der Jurist auch ohne Griechisch seinen Berufspflichten zu genügen imstande sei, ein wesentlich historisches Studium sei. Vor 100 Jahren habe Eine Form der gelehrten Schule allen Studien als Vorbereitungsanstalt dienen müssen und habe es dürftig genug getan; eine wesentliche Verbesserung sei es, daß wir jetzt zwei selbständige Formen hätten, deren jede ihre eigene Kraft und ihre besonderen Vorzüge habe, und die Gegenwart fordere neben dem alten Gymnasium eine neue Form, eine Gelehrtenschule, die das Latein, die einstige Kultursprache des Abendlandes, die frühere Sprache der Wissenschaft, beibehalte, weil es für jeden notwendig sei, der mit seinem wissenschaftlichen Studium über den engen Kreis der Gegenwart hinaus zu einer tieferen geschichtlichen Bildung vordringen wolle, die dagegen das Griechische aufgebe, welches einst schon vor 100 Jahren ein Lehrgegenstand freier Wahl gewesen sei und gegenwärtig nicht mehr die bedeutsame Rolle wie in der zweiten Blütezeit des Humanismus spiele. Durch Aufgabe dieses Lehrgegenstandes werde das Realgymnasium befähigt, den Forderungen der neuen Zeit weiter entgegenzukommen, als die alte Gelehrtenschule es vermöge. In gleicher Lage, wie die Offiziere, sei nun eine ganze Reihe anderer Berufe, der Mathematiker und Naturwissenschaftler, der Chemiker, der Mediziner, der Baumeister und Techniker; für diese alle sei die Ausscheidung des Lateinischen aus ihrem Bildungsgang eine vollkommene Unmöglichkeit in unserer Zeit, aber sie bedürften einer Schule, welche mehr als das alte Gymnasium imstande sei, den Anforderungen, welche ihr Beruf an sie stelle, entgegenzukommen.<sup>1)</sup> Die gegenwärtige Kulturlage mache daher zwei Formen für die höheren Berufsarten notwendig, eine mit Lateinisch und Griechisch, das alte Gymnasium, und eine mit Lateinisch ohne Griechisch, das neue Gymnasium. Daneben seien dann mit allen Mitteln die höheren Bürgerschulen zu fördern, welche für die höheren gewerblichen Berufe eine angemessene Bildung zu geben hätten, sowie die Oberrealschule, welche mit ihrem Kursus zunächst auf die technische Hochschule hinweise.

Zwischen dem alten Gymnasium und der neu aufstrebenden Form des Realschulwesens, der höheren Bürgerschule, sei das Realgymnasium eine Art Verbindungsglied, ein

<sup>1)</sup> Die Verfung auf die Bildungsweise und die Erfolge der Kadettenhäuser, welche von Paulsen, wie von Schauenburg gemacht sei, um sie „gewissermaßen als Vorspann für die Wünsche der Realgymnasien“ zu verwenden, wies der Abgeordnete Dr. Kropatschek zurück. Die Aufgabe derselben sei doch eine ganz andere, als die der höheren Schulen; Gelehrte sollten sie doch nicht Vorbilden, und in ihrer ganzen Einrichtung seien sie ungleich günstiger gestellt, als andere Schulen, da sie nur Söhne aus höheren Ständen aufnahmen und die Internaten-Erziehung außerdem mit strafferen Disziplinarmitteln verbunden sei (vgl. Verh. S. 748). Auch der Kaiser erklärte in seinem Schlußwort die Wünsche, Einrichtungen der Kadettenhäuser auf die anderen Schulen zu übertragen, für ungerechtfertigt. Das Kadettenkorps sei etwas ganz eigenartiges; es habe einen besonderen Zweck, existiere für sich, stehe direkt unter Ihm und berühre die Verhandlungen der Konferenz gar nicht (vgl. Verh. S. 772).



ideelles Mittelglied; warum solle es, wie es scheine, aufgehoben werden? Weil es eine „Zwitterbildung“ sei? Das Gymnasium sei es auch; das realistische und das humanistische Prinzip sei nicht ausgeglichen, weder dort noch hier. Oder etwa, wie angedeutet sei, wegen des Gegensatzes der naturwissenschaftlichen oder gar materialistischen Weltanschauung, die es vertrete gegenüber der historischen oder idealistischen? Es heiße schlechterdings das Realgymnasium nicht charakterisieren, wenn man es eine dem Materialismus zuneigende Anstalt nenne; es sei eine humanistische Anstalt so gut, wie das Gymnasium; die humanistischen Disziplinen seien bei ihm im Übergewicht, 74 Stunden für Mathematik und Naturkunde gegenüber zirka 180 für die sprachlich-geschichtlichen Fächer. Oder liege die Aufhebung etwa im Interesse der beiden anderen Schulformen? Im Gegenteil, die Erhaltung des Realgymnasiums liege im dringendsten Interesse sowohl des Gymnasiums, als der höheren Bürgerschule, denn wenn die realistische Bildung in der öffentlichen Meinung als eine minderwertige charakterisiert werde, würde die Masse der Schüler nach wie vor nicht, wie man wünsche, auf die höhere Bürgerschule übergehen, sondern auf das Gymnasium, und es würde nicht nur jener unerträgliche Zustand andauern, daß drei Viertel aller Schüler in den Gymnasialkursus kämen, die eigentlich in die höhere Bürgerschule gehörten, sondern es würde auch das Abiturientenproletariat noch vermehrt werden, welches nicht von den 500 Abiturienten der Realgymnasien komme, sondern von den 3600 der Gymnasien. Nicht pädagogische Gründe, sondern die Frage der Berechtigungen und die größere Vornehmheit seien ja bei den meisten Eltern bestimmend für die Wahl der Schule; so lange das Gymnasium, zur vornehmsten Anstalt erhoben, als eine Erziehungsanstalt für die Elite der Nation gelte, werde es den höheren Bürgerschulen unermeslich überlegen sein. Nachdem das Realgymnasium auf der Universität Fuß gefaßt habe, beginne, obwohl ihm nicht die ganze Tür, sondern nur ein enger Spalt geöffnet sei, die realistische Bildung gleichsam anständig zu werden; man gewähre den Realanstalten nur größere Berechtigungen und sie würden größere Anziehungskraft erhalten. Unbegreiflich sei es, warum die Gymnasien gegen die Zulassung der anderen Form der gelehrten Schule sich so sträuben konnten; könnten sie doch, wenn sie an die anderen Schulen abgeben, entschiedener wieder die klassischen Studien zum Mittelpunkt nehmen und dadurch die Vorbedingungen für das tiefere Erfassen der letzten großen geschichtlichen Zusammenhänge unseres geistigen Lebens gründlicher betreiben. Ein Verderben des Gymnasiums dagegen würde es sein, wenn es einer noch weiteren Aufnahme der realistischen Disziplinen nachgeben und wenn von dem altsprachlichen Unterricht noch mehr abbröckeln sollte. Überhaupt sei eine größere Freiheit und Beweglichkeit der Einrichtungen in jeder Beziehung wünschenswert, und er halte es nicht für zweckmäßig, die verschiedenen Schulkurse und wissenschaftlichen Berufe gleichsam durch Schlagbäume gegen einander abzugrenzen. Insbesondere sei er für Gleichberechtigung der neuen Form der gelehrten Schulen, welche seit zwei Menschenaltern in Preußen neben der alten Form allmählich entstanden sei; mit einer solchen Gleichstellung würde nicht der Bruch mit der Vergangenheit eintreten, sondern die Konsequenz der bisherigen Entwicklung gezogen. Jetzt seien die Beratungen der Konferenz an einen entscheidenden Punkt angelangt; es handele sich um das Schicksal von nicht weniger als 172 Anstalten, darunter 88 Vollanstalten, welche eine große Klasse der Bevölkerung ohne Begünstigung der Regierung sich geschaffen habe und auch erhalten wissen wolle, weil sie eine ihren Verhältnissen entsprechende Bildung ihr gewähre. Er sei ein viel zu konservativer Politiker, als daß er es für zuträglich halten könne, eine Einrichtung, die in solcher Breite

und in voller Kraft gegenwärtig bestehe, aus der Welt zu schaffen; er könne die Notwendigkeit nicht einsehen, diese Anstalten aufzuheben.

Den Ausführungen Paulsens schloß sich auch der Realgymnasialdirektor Dr. Schlee in Altona an. Auch er wies darauf hin, daß im Leben sich humanistische und realistische Bildung durchaus nicht völlig scheiden ließen und daß daher Schulgattungen, welche einen vermittelnden Weg einschlugen und beide Bildungsrichtungen zu vereinigen suchten, den Ansprüchen des wirklichen Lebens entsprächen. Sollte in der nächsten Zeit für besondere Gestaltungen Freiheit gelassen werden, so würde eine vermittelnde Schuleinrichtung, die einem Bedürfnis des Volks entgegenkomme, sich bewähren und weiter entwickeln, falls ihr Zeit und Raum gelassen würde, aber einer „schon vorher entschiedenen Abstimmung“ gegenüber verzichte er noch Einfluß ausüben zu wollen, und er werde sich einer Entscheidung unterwerfen, „die getroffen werde oder vielmehr schon getroffen sei.“

Ebenso verzichtete auf längere Ausführungen der Gymnasialdirektor Dr. Eitner aus Görlitz, dem selbst die Leitung eines Realgymnasiums unterstand. Obwohl er seinem ganzen Bildungswege nach auf dem Standpunkt des Gymnasiums stehe, sei er doch, so erklärte er, hierher gekommen, um ein Wort für das Realgymnasium einzulegen, über welches, wie man sage, das Todesurteil bereits gesprochen worden sei und demnächst vollzogen werden solle; denn er sei der Meinung gewesen, daß die Geschichte der Entwicklung dieser Schulen die Berechtigung ihres Daseins nachgewiesen habe, und er habe geglaubt, es für einen bedenklichen Vorgang zu halten, eine Einrichtung, welche eine so langjährige und eigenartige Vergangenheit hinter sich habe, welche die Gunst und den Beifall eines nach Millionen zählenden Teils aller Landesgenossen für sich gehabt habe und noch habe, welche zahlreiche Gemeinden mit Aufbietung sehr bedeutender Opfer an Geldmitteln und Arbeitskraft geschaffen und mit nicht geringen Opfern zu erhalten noch jetzt bereit seien, durch Beschlüsse zu beseitigen und den Faden ihrer Entwicklung jäh und plötzlich abzureißen. In einer auffälligen Erscheinung aber hätten beide Anstalten, Gymnasium und Realgymnasium, im Laufe des letzten Jahrzehnts wie zwei konvergierende Linien sich immer mehr genähert; für das Gymnasium seien in bereitwilliger Konzession an die praktischen Bedürfnisse der Zeit die realen Lehrfächer, für das Realgymnasium die eine klassische Sprache, das Latein, in ihrer Stundenzahl beträchtlich vermehrt; bei fortgesetzter Annäherung werde für einen selbständigen Fortbestand beider Anstalten neben einander kaum noch Raum bleiben. Schon vor acht Jahren bei der Ausarbeitung der Lehrpläne 1882 sei eine Verschmelzung derselben der naturgemäße Abschluß ihrer zustrebenden Bewegung gewesen; jetzt scheine dieser Prozeß der Verschmelzung sich mit Notwendigkeit zu vollziehen, nachdem auch in den oberen Klassen eine weitere Annäherung angebahnt sei und das Gymnasium einer Reform unterworfen werde. Da beuge er sich der Macht der Tatsachen und gebe zu, daß unter solchen Umständen das fernere Bestehen beider Anstalten neben einander ein Luxus sei, den sich das Volk nicht gestatten könne.<sup>1)</sup>

Die große Mehrheit der Versammlung war von vorn herein sich einig in der Absicht, über den Fortbestand der Realgymnasien einen Strich zu ziehen; ging doch der Auftrag der Konferenz darauf hin, „die kompliziert gewordene Frage des Schulwesens zu vereinfachen.“ Was aber sollte aus den nun einmal bestehenden zahlreichen Realgymnasien werden? Da

<sup>1)</sup> Vgl. die Rede von Dr. Schlee in den Verhandlungen S. 357 und die von Dr. Eitner S. 348f.

sahien zwei Wege zur Umgestaltung offen zu stehen; der eine führte zum Gymnasium, der andere zur lateinlosen Realschule.

Hinsichtlich des ersteren hatte der Gewerbeschuldirektor Dr. Holz Müller seine Bedenken. So lange die lateinische Anstalt für eine solche ersten Ranges, die lateinlose aber für eine Schule zweiten Ranges angesehen werde — später werde dies allerdings vielleicht nicht mehr der Fall sein —, befürchtete er, daß, falls die Realgymnasien vor die Wahl gestellt würden, entweder das eine oder das andere zu werden, alle, so lange die Berechtigungsfrage nicht gelöst sei, Gymnasien werden wollten, und dann hätte man nicht eine Aufhebung wirtschaftlicher Übelstände, sondern eine Verstärkung und Verdoppelung derselben; die Überfüllung der gelehrten Berufe werde noch viel schwerer empfunden werden.<sup>1)</sup>

Der enthusiastische Verehrer des klassischen Unterrichts, der Gymnasialdirektor Dr. Jäger aus Köln, sah dagegen den Übergang verhältnismäßig leicht eingeleitet durch eine wesentliche Verstärkung des lateinischen Unterrichts. Die Ansicht Schauenburg's, setzte er auseinander, basiere offenbar darauf, daß dem Realgymnasium die bekannte volle Berechtigung zum akademischen Studium zugewiesen, mit anderen Worten also das sogenannte Monopol der Gymnasien aufgehoben werde.<sup>2)</sup> Wenn nun dem Realgymnasium dadurch geholfen werden solle, daß die akademische Berechtigung ihm zugestanden werde, so heiße das, es zu verwandeln in eine zu akademischen Studien vorbereitende Anstalt. Dann aber sei, wie schon Dr. Matthias betont habe, eine Verminderung des Lateins in den Realgymnasien ganz unstatthaft, und man müsse Dr. Paulsen recht geben, der den Wert des Lateinischen mit ungemeiner Wärme anerkannt und den oberflächlichen Ausdruck von der „formalen“ Bildung richtig gestellt habe, indem er auf die historische Bildung hinwies, welche das Latein vermittele. Eine solche Bildung sei ohne Griechisch nur sehr unvollkommen möglich, ohne gymnasialen Betrieb des Lateins aber überhaupt nicht möglich; diese setze uns mit der Kulturarbeit vergangener Jahrhunderte in eine immer lebendigere Beziehung, ohne welche eine wissenschaftliche Vorbildung im akademischen Sinn überhaupt nicht möglich sei.<sup>3)</sup> Daher müsse das Latein auch auf Realgymnasien ganz so behandelt werden, wie im Gymnasium; das sei nicht bloß aus Nützlichkeits- oder sonst welchen Gründen nötig, sondern, wie die Dinge lägen, aus faktischen, ja aus strategischen Gründen.

<sup>1)</sup> Vgl. Holz Müllers Bemerkungen S. 315 und 754.

<sup>2)</sup> Dr. Jäger selbst protestierte gegen den Ausdruck „Monopol“, der in der Presse eine so große Rolle spiele; es sei ein irreführendes Schlagwort, ein bloßes Agitationsmittel ohne klaren Gedanken. Es handele sich doch nicht um eine Aktiengesellschaft; das Gegenteil des Monopols würde die unbedingte Freiheit sein, daß jeder, er komme woher er wolle, mit 17, 18 Jahren die Universität besuchen und zu den Prüfungen weiterhin zugelassen werden könne. Ein Monopol werde dadurch nicht aufgehoben, daß man einer zweiten Anstalt, also den Realgymnasien, dieselbe Berechtigung erteile wie den Gymnasien (Vgl. Verh. S. 319).

<sup>3)</sup> Mit dem Ausdruck: „formale Bildung“, betont er, sei nur ein ganz minimaler Teil dessen angeführt, was das Latein an Wert in sich habe. Durch dieses, rühmt er, „werden wir mit einer vergangenen Kulturepoche und Kulturarbeit vieler Jahrhunderte, vergangener Jahrtausende innerlich verbunden, und jeder, der Wissenschaft im höchsten Sinn studieren will, der dem verantwortungsvollsten Beruf entgegengesührt wird, muß nicht etwa wissen, sondern sich innerlich in langer Arbeit davon durchdringen, daß er ein Glied in dieser edlen Kette ist, und er muß dieses Bewußtsein schon mit auf die Universität bringen . . .“ „Das Latein ist nicht etwa eine magische Sprache, die von selbst zu den akademischen Studien befähigen würde, sondern das ist ihre Kraft und ihre Mission, daß an ihr in einem neunjährigen Kursus zu dem im höchsten und strengsten Sinne wissenschaftlichen Studium vorbereitet wird.“ (Vgl. S. 321 und 320.)

Wenn es nun aber zum Hauptzweck, zum beherrschenden Gedanken der ganzen Schule und ihrer Unterrichtsmethode werde, zur Universität vorzubereiten, dann würden diejenigen geschädigt werden, welche auf dem Realgymnasium nichts anderes suchten, als eine zweckmäßige und verhältnismäßig rasche Ausbildung für das bürgerliche Leben. Ohne zu bemerken, daß unter dem gleichen Übel auch das Gymnasium leide, behauptete Dr. Jäger, an dem doppelten Gegensatz in seinen Gliedern, daß das Realgymnasium für den bürgerlichen Beruf vorbereiten und zugleich auch eine Vorbereitungsanstalt für die akademischen Studien sein solle, müsse daselbe zu Grunde gehen. Jetzt aber sei durch das Wort Sr. Majestät die Situation fast plötzlich erhellet und geklärt. Ein kühner Griff sei nötig: kurzer Hand sei der lateinische Unterricht der Realgymnasien ganz identisch zu machen mit dem Unterricht der Gymnasien; dann bestehe nur noch ein Unterschied: in einer Schule Latein und daneben Englisch, Naturkunde usw., in der anderen Lateinisch und Griechisch, und dann ließe sich auch die Berechtigung der ersteren auf mehrere, ja auf alle akademischen Studien ausdehnen. Auf einen Schlag werde man jedenfalls das Realgymnasium nicht töten können; es müsse doch ein Übergang da sein. Aber, setzte er zur Erheiterung der Versammlung hinzu: „Wenn die Götter den Untergang des Realgymnasiums beschlossen haben, so möchte ich doch wünschen, daß es wenigstens zu einem besseren, höheren Leben eingehen möge und daß ihm dieser Übergang so leicht und schmerzlos als möglich gemacht werde.“

Einer solchen Lösung der Frage stimmte im allgemeinen auch der Provinzialschulrat Dr. Klitz zu. Während aber Jäger es für angängig hielt, von Tertia ab die Realgymnasien nach oben vollständig an die Gymnasien anzugliedern und nur im Griechischen und Englischen fakultative Differenz eintreten zu lassen, ging er noch weiter und wünschte aus ihnen ein kräftiges Gymnasium zu machen, mit tüchtigem Latein, aber ohne Griechisch, wenigstens wo die Verhältnisse es gestatteten (cf. Schauenburg's Ausführung S. 365). Seit lange, bekannte er, sei es seine Überzeugung gewesen, daß überhaupt nur zwei Gattungen höherer Schulen denkbar seien, Gymnasien und Realschulen; aber seitdem man angefangen habe, Realschulen zu errichten, sei jedesmal der Betrieb des Latein dazwischen gekommen und habe diese Schulen von ihrem eigentlichen Zweck abgelenkt. Noch um 1820 herum habe der Schulrat D. Schulze eine eigentlich deutsche Schule gesucht, die in der Mitte zwischen der Volksschule und dem Gymnasium stände, und sei entschieden dafür gewesen, daß auf dieser Latein nicht gelehrt werde; auch er selbst habe schon 1873 vor der Frage gestanden, ob das Latein ganz schwinden oder Verstärkung erfahren solle, aber da nun einmal das bekannte Programm von Kalisch es wesentlich bewirkt habe, daß Latein in die Realschulen hineingekommen sei, und da dieses auf die Forderung der Behörden aus Gründen allgemeiner Art einen breiten Boden gewonnen habe, sei er damals mit vollem Bewußtsein für die Verstärkung des Lateins eingetreten. Jetzt müsse das Realgymnasium zu einem wirklichen Gymnasium gemacht werden. Was Paulsen schüchtern angedeutet und Jäger bestimmter ausgesprochen habe, das müsse er mit Nachdruck verlangen; das Realgymnasium habe ein wahrhaftes Realgymnasium zu werden und an die Seite des Gymnasiums zu treten, als lateinische Schule, welche Griechisch nicht lehre. Ein lateinisches Gymnasium ohne Griechisch läge gar nicht außer dem Bereich der Möglichkeit; hätten wir doch Jahrhunderte lang lateinische Schulen gehabt, in denen Griechisch nicht gelehrt oder wenigstens nur in sehr geringem Umfang getrieben sei. Das Realgymnasium sei deshalb zu einem Gymnasium ohne Griechisch zu machen; werde es so seiner Aufgabe genügen, so werde es damit in der That einer wirklichen Kulturaufgabe

gerecht, und der Tod desselben, von dem Dir. Dr. Jäger gesprochen habe, könne so wirklich zu einer Auferstehung zum höheren Leben führen.<sup>1)</sup>

Den anderen Weg, den Übergang des Realgymnasiums in eine lateinlose Realschule, faßte in einer schon oben erwähnten Rede der Gymnasialdirektor Dr. Citner aus Görlitz ins Auge. Aus der wechselvollen Entwicklungsgeschichte, in welcher das Realschulwesen aus dem Stadium des Experimentierens nicht hinausgekommen sei, schließt auch er, daß der Betrieb des Lateins, ursprünglich nur ein fakultativer und erst später ein obligatorischer aber unzureichender, eine beständige Quelle der Unruhe und Störung für dasselbe gewesen sei. Wenn jetzt die Absicht bestehe, eine große Anzahl von Realgymnasien in Oberrealschulen überzuleiten, so könne das nicht für eine Beseitigung derselben gehalten werden; das Realgymnasium kehre nur zur alten Bestimmung zurück. Lateinlos habe es begonnen und ende in seiner jetzigen Gestalt, indem es das Latein, welches lediglich die ganze Reihe seiner Entwicklungsfrankheiten bezeichnete, wieder beseitige und auf diese Weise sich seiner eigentlichen Aufgabe wieder zuwende. Auch sei, als in den 30er Jahren eine große Anzahl von Realschulen geschaffen worden seien, dies nur in der Absicht geschehen, nicht für die Universität vorzubereiten, wie aus allen Stiftungsurkunden sich ergebe, sondern man wollte eine besondere Gattung von Lehranstalten, welche lediglich für die Berufsarten des bürgerlichen Lebens, für Handel und Gewerbe, für die technischen und die industriellen Gebiete der Neuzeit, nicht aber für die gelehrten Fächer der Universität vorbereiten sollte. Erst verführt durch das Latein, welches ihnen gewissermaßen einen Schein des Rechtes gegeben habe, seien die Realschulen in den letzten Jahrzehnten mit dem Gymnasium in den Wettbewerb um die Universität eingetreten, hätten sich damit aber von ihrem früheren Fundament losgelöst. Um sie darauf zurückzuführen, möchten die Realgymnasien jetzt Oberrealschulen werden, gleichgültig, ob mit Beibehaltung ihres bisherigen Namens oder nicht; denn diese Anstalten hätten jetzt die Aufgabe übernommen, welche ursprünglich dem Realgymnasium zugedacht gewesen sei, und nach vielen Irrwegen und Irrtümern würde das letztere dann, wie der verlorene Sohn, dahin wieder zurückgeführt, wovon es ausgegangen sei. Andernfalls aber möchten die Anstalten Gymnasien werden, wenn sie Universitätsberechtigung erstrebten; sie dürften nur einen kleinen Schritt tun, um dies zu erreichen. Nach Lage der gegenwärtigen Umstände erscheine ihm dies die natürlichste Lösung der sogenannten Reformschulfrage.

Eine Verschmelzung des Gymnasiums und des Realgymnasiums aber, bei welcher die Eigenart beider Anstalten nach Lernstoffen und Lernziel irgendwie gewahrt bliebe, hielt der Provinzialschulrat Dr. Deiters aus Coblenz für unmöglich; habe doch dies schon 1882 sich ergeben und eine Vergleichung der Lehrpläne bestätige es. Noch entschiedener, als Citner, riet er daher zu einer Verschmelzung des Realgymnasiums mit der Oberrealschule. Auch er wies auf die geschichtliche Entwicklung der Realschulen hin; sie seien bekanntlich begründet für junge Leute, welche den akademischen Beruf nicht ergreifen wollten, sondern auf einen praktischen und technischen sich vorbereiten sollten, und die ursprünglich maßgebend gewesene Bedürfnisfrage sei durch die neue Organisation nicht geändert worden. Auch 1859 sei ausdrücklich gesagt, daß die Realschulen für solche bestimmt seien, welche nicht akademische Studien treiben sollten, und noch 1873 sei die Frage aufgeworfen, ob dieselben nicht auf den Weg des wirklichen Bedürfnisses für diejenigen Knaben zurückgeführt werden müßten,

<sup>1)</sup> Vgl. die Ausführungen von Dr. Jäger S. 319ff. und die von Dr. Aliz S. 330f.

welche eine geschlossene Vorbildung für das gewerbliche Leben zu erlangen hätten. Seit der Organisation von 1882 verfolge nun das Realgymnasium einerseits das Ziel des akademischen Studiums, andererseits immer noch das Ziel der Vorbereitung für praktische und technische Berufsarten und daneben die unmittelbare und ausschließliche Vorbereitung für den Eintritt ins praktische Leben nach kürzerer Lehrdauer. Aber wenn nur erst das reformierte Gymnasium imstande sei, den gegenwärtigen Bedürfnissen noch weiter entgegenzukommen, könne das jetzige Realgymnasium mit der Oberrealschule vereinigt werden, und zwar so, daß der lateinische Unterricht aus ihm entfernt werde; denn zu einer sprachlichen Fertigkeit würden die Realgymnasiasten es darin kaum bringen, und viele das Latein ganz weg, so sei dadurch die völlige Ausgleiche mit der Oberrealschule gegeben.

In gleicher Weise erklärte sich ein zweiter Mitberichtersteller, der Oberrealschuldirektor Dr. Fiedler aus Breslau, für die Ausscheidung des Lateinischen aus dem Lehrplan des Realgymnasiums. Zirk 20 Jahre habe er als Lehrer Unterricht am Realgymnasium erteilt und dabei oft empfunden, daß das Lehren von 3 Sprachen die Fortschritte in den übrigen Fächern hinderte und besonders der Unterricht im Latein dazu beitrüge, die Kräfte der Schüler zu zersplittern. Es sei notwendig, die Lehrgegenstände zu konzentrieren. Wenn das Realgymnasium das Latein nicht mehr als Lehrgegenstand führen werde, könne es neben den neueren Sprachen die Forderungen der gegenwärtigen Zeit an die mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächer, welche jetzt unser Volk bewegten, mehr erfüllen. Allerdings seien die Gründe des Prof. Paulsen für die Notwendigkeit des lateinischen Unterrichts nicht zu unterschätzen, aber man könne in unserer Zeit nicht alles lernen. Die Wissenschaften hätten einen Umfang angenommen, welcher eine Teilung der Arbeit verlange, und für die weit fortgeschrittene Industrie und Technik müßten mehr Kräfte geschaffen werden, Männer, die für ihren Beruf gut durchgebildet seien, der Kenntnis der alten Sprachen aber zu ihrer Vorbereitung nicht bedürften. Dies sei zu erreichen nicht auf dem Umweg des Gymnasiums, sondern direkt durch Schulen, welche für jene Fächer mehr böten. Er sei Realschulmann durch und durch; lasse man doch das Latein am Realgymnasium wegfällen, um es zu einer wirklichen realen Anstalt zu machen.<sup>1)</sup>

Nach langen eingehenden Debatten kam es endlich am 7. Sitzungstage, am Freitag dem 12. Dezember 1890, zur Abstimmung über den Fortbestand des Realgymnasiums. Von

<sup>1)</sup> Vgl. die Rede von Citner S. 348f., von Deiters S. 298ff. und von Fiedler S. 301f. Derselben Ansicht war auch der Abgeordnete Dr. Kropatschek. Wenn neben dem Gymnasium eine Bildungsstätte da sein sollte, in welcher die Schüler in das moderne Leben eingeführt würden, dann erfülle diesen Zweck die Oberrealschule weit besser, als das Realgymnasium. Die fünf Stunden Latein in dem letzteren böten keinen Ersatz für das Plus, welches die Oberrealschulen an modernen Bildungsmitteln gewährten (vgl. S. 745). Der Universitäts-Kurator Dr. Schrader meinte sogar, die Einführung des fremdartigen Lateins in die Realanstalten stelle eine unorganische Belastung des Lehrplans, eine didaktische Versuchung für die Lehrer und eine Grausamkeit für die Jugend dar; die Streichung des lateinischen Unterrichts aus dem Lehrplan derselben würde für ihren Unterrichtsgang eine Wohltat sein und sei nach seiner Auffassung eine Notwendigkeit (vgl. S. 729). Auch der Berliner Stadtschulrat Dr. Vertram war der Ansicht, daß die Realgymnasien sich ganz von selbst mehr und mehr in lateinlose Realschulen umwandeln würden, doch dürften die einmal bestehenden Anstalten nicht wider ihren Willen, auch nicht wider den Willen derer, die sie zu erhalten hätten, in die andere Schulform umgewandelt werden (vgl. S. 354). Dieselbe Warnung sprach der Abgeordnete von Schenkendorff aus. Rücksicht müsse genommen werden auf die Lehrerkreise und Gemeinden, welche jeden Terrorismus ausschließe (vgl. Seite 335).

den 43 Mitgliedern der Konferenz entschieden sich 35 dagegen, nur 8 dafür: Dr. Bertram, Dr. v. Helmholtz, Dr. Paulsen, Dr. Schauenburg, v. Schenkendorff, Dr. Schlee, Dr. Tobler und Dr. Virchow. Infolgedessen wurde der Beschluß gefaßt: „Es sind grundsätzlich in Zukunft nur 2 Arten von höheren Schulen beizubehalten, nämlich Gymnasien mit den beiden alten Sprachen und lateinlose Schulen (Oberrealschule und höhere Bürgerschule).“<sup>1)</sup>

Damit war im Prinzip das Realgymnasium abgetan. Im Reichsland Elsaß-Lothringen war es schon 1883 beseitigt worden; jetzt drohte ihm dasselbe Schicksal im ganzen preußischen Staat.<sup>2)</sup> Indessen war mehrfach die Mahnung ausgesprochen, daß man möglichst langsam, möglichst schonend in der weiteren Entwicklung der Realgymnasien vorgehen möchte; außer Dr. Schauenburg, Matthias, Paulsen u. a. hatte insbesondere der Gewerbeschul-Direktor Dr. Holzmüller, obwohl nach seiner Ansicht das Realgymnasium „nicht die höhere Einheit für die idealistischen und realistischen Schulen sei, sondern zu den unvollkommenen Vermittlern gehöre und, da es seine Pflicht nicht in hinreichendem Maße erfüllen könne, mit großer Majorität verurteilt sei, doch unter dem Eindruck, daß die Entscheidung „infolge des Hiebes durch den gordischen Knoten“ viel schneller komme, als erwartet und gehofft worden sei, eine Übergangsperiode und Schonung berechtigter Interessen empfehlen zu müssen geglaubt, Schonung der Kollegen, welche in ihrem Sinn das Beste gewollt und erstrebt hätten, Schonung auch der Interessen der Städte, welche in der Lage gewesen seien, Realgymnasien unter großen Opfern selbständig gründen zu müssen.<sup>3)</sup> Zu einem solchen Zugeständnis zeigte sich auch die Mehrheit bereit; annähernd einstimmig wurde daher der Zusatz zu dem Beschluß angenommen: „Es ist zu wünschen, daß für Städte, deren Realgymnasien in Wegfall kommen, je nach örtlichen Verhältnissen schonende Übergangsformen gefunden und gestattet werden. Ein zweiter Zusatz dagegen, welcher von Dr. Schauenburg und seinen Gefinnungsgenossen beantragt wurde, „es sei zulässig, so lange noch Realgymnasien beständen, den Abiturienten derselben die volle Gymnasialberechtigung durch Ablegung einer Prüfung nur im Griechischen an einer Anstalt vor einem Kgl. Kommissar zugänglich zu machen“, wurde mit nicht unerheblicher Mehrheit abgelehnt.<sup>4)</sup> Überhaupt beschränkten sich die Maßnahmen, die man ins Auge faßte, meistens auf Notbehelfe.

<sup>1)</sup> Über die Abstimmung vgl. die Verhandlungen S. 489 ff.; der Beschluß findet sich verzeichnet S. 795.

<sup>2)</sup> Die Aufhebung der Realgymnasien im Reichslande hatte nach Paulsen's Darstellung in ihren Folgen keineswegs der Absicht entsprochen, die realistische Richtung zu verstärken. Die 700 Realgymnasien, welche es 1883 daselbst gegeben habe, seien nicht etwa auf höhere Bürgerschulen übergegangen, sondern auf gymnastiale Lehranstalten, und in Preußen, meinte er, werde dies noch mehr der Fall sein, weil hier das Staatsamt für die Bevölkerung viel mehr Anziehungskraft habe, als dort (vgl. S. 352). Ihm gegenüber suchte aber der kaiserl. Oberschulrat Dr. Albrecht aus Strassburg diese Befürchtung in seinen Mitteilungen über die elsass-lothringischen Schulverhältnisse abzuschwächen. Die Realgymnasien hätten überhaupt daselbst nicht in hoher Blüte gestanden; nur 719 Schüler der Realgymnasien seien vorhanden gewesen, und da das Berechtigungsverfahren, sowie das soziale Vorurteil sich geltend gemacht habe, sei zunächst zwar eine Anschwellung auf der gymnastialen Seite voranzusehen gewesen, aber jetzt beginne die Zahl der gymnastialen Schüler bereits zu sinken, wie ja überhaupt ein Nachlassen in den Zahlen der Gymnasialisten wahrnehmbar sei, und gleichzeitig zeige sich eine Zunahme in der Schülerzahl der lateinlosen Realschulen. Eine Oberrealschule existiere im Reichsland überdies noch nicht. Indem man bestrebt gewesen sei, den Wünschen der Bevölkerung dadurch entgegenzukommen, daß mit den Realschulen Fachklassen verbunden worden seien, suche man herauszufinden, nach welcher Richtung das Interesse der industriellen und handeltreibenden Stände sich bewege, und es sei auf ein weiteres Wachstum der lateinlosen Schulen zu hoffen (vgl. S. 357 ff.).

<sup>3)</sup> Vgl. die Verhandlungen S. 315.

<sup>4)</sup> Vgl. ebendas. S. 795 und S. 768.

Im Vertrauen auf die zu Anfang der Beratungen mit allgemeiner Freude vernommene Erklärung des Geheimrats Dr. Stauder, daß der Minister willens sei, eine gewisse Freiheit in der Gestaltung der Lehrpläne nach individuellen Bedürfnissen und nach lokalen Verhältnissen so weit als möglich zuzulassen, überließ man die Neugestaltung der Dinge der Zukunft. Der Oberschulrat Dr. Albrecht sah darin „die beste Methode, um neues Leben in den Schulbetrieb zu bringen, wenn die einzelne Schule, wie der einzelne Lehrer Ellbogenraum gewinne, um sich selbständig zu betätigen,“ und die Konferenz sprach nachträglich der Kgl. Schulbehörde in einer besonderen Resolution einstimmig noch ihren Dank dafür aus in der Überzeugung, daß gerade auf diesem Wege das höhere Schulwesen in besonderem Maße gefördert werden würde.<sup>1)</sup>

(Fortsetzung folgt.)

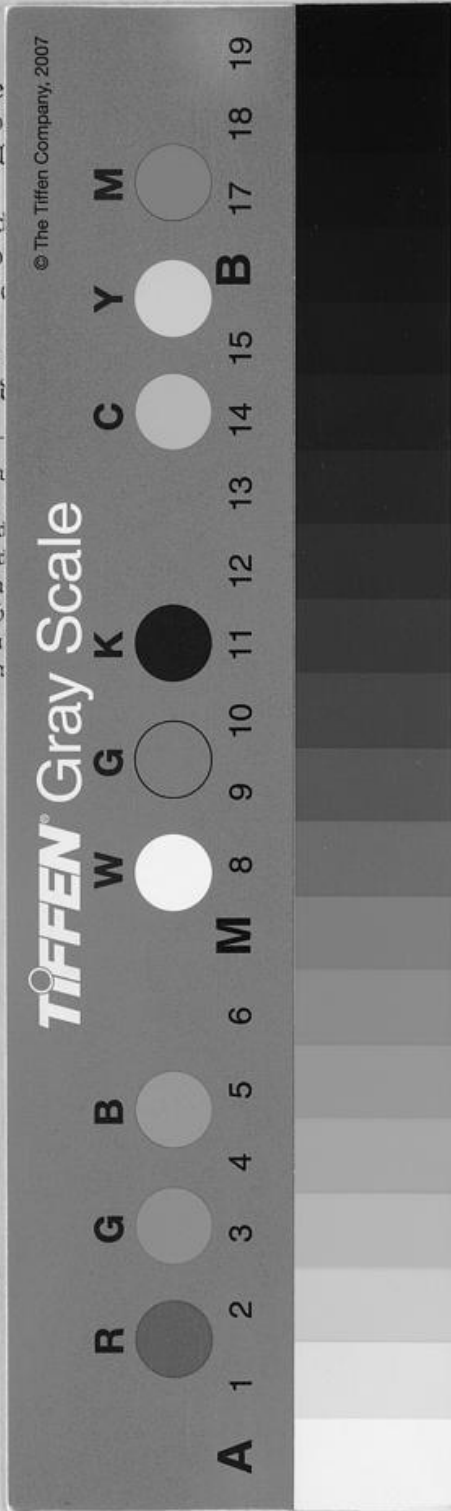
<sup>1)</sup> Beantragt wurde die Resolution vom Fürstbischof Dr. Stopp, Dr. Schrader und Dr. Alshorn (vgl. S. 619). Über die Abstimmung vgl. S. 655 (cf. Beschluß S. 796). Wohl im Hinblick auf die von ihm geplante „neue deutsche Schule“ war auch Dr. Göring der Überzeugung, daß die Erklärung des Kultusministers „von den Fachmännern der Pädagogik wie eine Befreiung von langjährigem Alldruck werde gepriesen werden“ und daß das „in genialen Zügen entwickelte Programm“ des Kaisers „eine neue Ära im deutschen Schulwesen herbeiführen werde“ (vgl. S. 140 f.). Aber auch für die Gymnasien forderte der Schulrat Dr. Kruse „weniger Schablone, weniger Zwang und weniger Prüfferei“; „wenn man uns das zugibt und gewährt“, erklärte er, „dann werden wir sehen, wie wir weiter kommen“ (vgl. S. 190).





Im Vertrauens-  
nommene Erklärung d  
Freiheit in der Gestal  
Verhältnissen so weit  
Zukunft. Der Oberse  
den Schulbetrieb zu b  
raum gewinne, um sic  
Kgl. Schulbehörde in  
der Überzeugung, daß  
gefördert werden würd

<sup>1)</sup> Beantragt u  
(vgl. S. 619). Über die  
ihm geplante „neue deutsc  
ministers „von den Fac  
gepriesen werden“ und da  
deutschen Schulwesen herb  
Dr. Kruse „weniger Scha  
gewährt“, erklärte er, „da



t mit allgemeiner Freude ver-  
Minister willens sei, eine gewisse  
Bedürfnissen und nach lokalen  
die Neugestaltung der Dinge der  
te Methode, um neues Leben in  
e der einzelne Lehrer Ellbogen-  
onferenz sprach nachträglich der  
g noch ihren Dank dafür aus in  
Schulwesen in besonderem Maße

(Fortsetzung folgt.)

kopy, Dr. Schrader und Dr. Hshorn  
96). Wohl im Hinblick auf die von  
zung, daß die Erklärung des Kultus-  
g von langjährigem Alldruck werde  
nm“ des Kaisers „eine neue Ära im  
für die Gymnasien forderte der Schulrat  
i“; „wenn man uns das zugibt und  
“ (vgl. S. 190).